

Die Republik

– das Verwaltungsmagazin

04/2021

Eine Verlagsbeilage der **WIENER ZEITUNG**



Sie steuert die Bildung

Doris Wagner leitet die Sektion I – Allgemein- und Berufsbildung im BMBWF.

„Wir stoßen Reformen an, die direkt im Klassenzimmer ankommen“, sagt Wagner im Interview. Außerdem erklärt die Sektionsleiterin, warum sie froh ist, selbst einmal in der Klasse gestanden zu sein, und in welche Richtung sich das Bildungswesen entwickeln wird.

**Geheimsprache:
Über Herkunft und Zukunft des Amtsjargons**

**Die Dinos kommen:
Das Naturhistorische Museum im Porträt**



Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs 2021

hrsg. vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung



Der jährlich vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung publizierte „Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs“ analysiert die Performance des österreichischen FTI-Systems im Vergleich zu den führenden Innovationsnationen und gibt Empfehlungen für dessen Weiterentwicklung.

Der Bericht ist erhältlich unter office@rat-fte.at oder als Download unter www.rat-fte.at/leistungsberichte.html



Martin Fleischhacker
Geschäftsführer der
Wiener Zeitung Mediengruppe

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht erinnern Sie sich noch: In der letzten Ausgabe von „**Die Republik – das Verwaltungsmagazin**“ haben wir Sie auf einen Rundgang durch das Wiener Sperlgynasium mitgenommen, das an einigen Stellen frappant der Zauberschule Hogwarts aus J. K. Rowlings „Harry Potter“-Büchern ähnelt. Der Gegenspieler des jungen Magiers Harry, Lord Voldemort, ist so gefürchtet, dass sich viele nicht trauen, seinen Namen auszusprechen. Er wird daher oft nur „**Du weißt schon wer**“ genannt.

Der Vergleich mit Harry Potter hat sich, freilich aus anderen Gründen, auch bei der Fertigstellung der aktuellen Ausgabe der „**Republik**“ aufgedrängt: **Wir haben es geschafft, dieses eine große Thema, das uns seit beinahe zwei Jahren das Fürchten lehrt und täglich die Schlagzeilen dominiert, weitestgehend auszuklammern.** Zugegeben: Wir hatten das in der Planung gar nicht beabsichtigt, es ist uns einfach passiert. Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass Sie es als ebenso wohltuend empfinden wie wir, sich für einen kurzen Moment nicht mit schlechten Nachrichten über „**Du weißt schon was**“ beschäftigen zu müssen.

Statt der anstrengenden Gegenwart widmen wir uns historischen Themen und zukunftssträchtigen Initiativen. So haben wir einen Ausflug in das **Linzer Landhaus** und seine wechselvolle Geschichte unternommen, haben recherchiert, wie das **Amtsdeutsch** entstanden ist, und schauen uns die **Entwicklung der Österreichischen Post** von der Postkutsche über die Rohrpost bis zur CO₂-neutralen Zustellung an. **Apropos Umweltschutz:** Wussten Sie, dass der Großteil der Abfälle in Österreich durch Bau- und Abbrucharbeiten entsteht? Nein? Dann empfehlen wir Ihnen unsere Geschichte über Urban Mining.

Ein bisschen streifen wir „**Du weißt schon was**“ dann doch – der Kampf dagegen wäre nämlich ohne den **Zivildienst**, dem wir in tiefem Respekt einige Seiten unseres Magazins widmen, in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen. Und auch beim Interview mit **Doris Wagner**, Leiterin der Sektion I – Allgemein- und Berufsbildung im Bildungsministerium, mussten wir den Elefanten im Raum kurz ansprechen.

Wir haben also auch diesmal eine abwechslungsreiche Lektüre für Sie zusammengestellt. Aber machen Sie sich selbst ein Bild!

In diesem Sinne: Einen hoffentlich erholsamen Jahresausklang –
und bitte bleiben Sie gesund!

Ihr Martin Fleischhacker

IMPRESSUM:

Die Republik – das Verwaltungsmagazin 04/2021 ist eine Verlagsbeilage der Wiener Zeitung GmbH
Medieninhaber, Verlagsort Wiener Zeitung GmbH, Media Quarter 3.3, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, T.: +43 1 20699-0
Geschäftsführung Martin Fleischhacker Chief Commercial Officer Markus Graf
Leitung Corporate Publishing & Content Production Nadja James Koordination und Abwicklung Katharina Schmidt
Autorinnen und Autoren Sabina König, Julia Lewandowski, Marion Pertschy, Oliver Poschner, Cornelia Ritzer, Katharina Schmidt,
Clemens Stachel, Ann-Marie Stark, Andrea Sturm Mitarbeit Lena Jansa
Lektorat Oliver Poschner Fotoredaktion Natascha Trimmel Designkonzept & Art Direction designundcode.at Anzeigenleitung Manfred Svec
Produktion Alexandra Kauer Druck Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn
Offenlegung gem. § 25 Abs. 2 & 3 Mediengesetz: www.wienerzeitung.at/unternehmen/impressum/95_Impressum.html



Inhalt

04/2021



Die Zukunft der Bildung

22

Doris Wagner, Leiterin der Sektion I – Allgemein- und Berufsbildung im BMBWF, erklärt im Interview unter anderem, warum eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wichtig ist.

Geschichtsträchtigt	06	Urbane Minen	30
Im Landhaus Linz hat schon Sisi übernachtet und Johannes Kepler gelehrt. Ein Ausflug zum Sitz des oberösterreichischen Landtags.		Kreislaufwirtschaft im Bauwesen: Wie Re-Use und Recycling am Bau funktionieren.	
Bundes-Gleichbehandlung	12	KinoSaurier	34
Wie die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Bundesdienst geregelt ist und wie es mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aussieht.		Das Naturhistorische Museum in Wien entführt mit einer neuen Schau in die Welt der Dinos.	
Gutachten beachten	17	Zukunft der Arbeit	38
Susanne Schubert, stellvertretende Frauenvorsitzende in der GÖD, über die Arbeit der Bundes-Gleichbehandlungskommission.		Das BMKÖS hat mit „Future of Work“ ein neues Projekt zum hybriden Arbeiten gestartet.	
Staats-Stütze	18	Geheimsprache Beamtendeutsch	40
Der Zivildienst hat sich seit seiner Einführung 1975 vom Nischenprogramm für Wehrdienstverweigerer zu einer wichtigen Stütze der Gesellschaft in vielen Bereichen entwickelt.		Wie der Amtsjargon entstanden ist und warum er nie ganz leicht verständlich sein wird.	
Schule in Zahlen	28	Karrieren	44
Bildungsausgaben, Schülerinnen und Schüler, Bildungskarrieren: Ein Überblick.		Einstiege, Aufstiege, Umstiege: Personelle Veränderungen im öffentlichen Dienst.	
		Post-Geschichte(n)	46
		Im Porträt: Die Österreichische Post und ihre wechselvolle Geschichte von der ersten Reiterpost bis hin zur CO ₂ -neutralen Zustellung.	



© Adobe Stock / Natee Meepian

Ihre amtlichen Auszüge. Online, einfach und offiziell.

In nur zwei Schritten zu Ihrem Grundbuch-/Firmenbuchauszug.

Holen Sie sich jetzt Ihren Auszug – gleich direkt und mobil.

Auszug.at ist die Informationsplattform für digitale Abfragen aus der Firmenbuch- und der Grundbuchdatenbank der Republik Österreich.

Mehr Information auf **auszug.at**

Offizielle Verrechnungsstelle der Republik Österreich.
Ein Serviceportal der Wiener Zeitung Mediengruppe.

Aus
zug.at

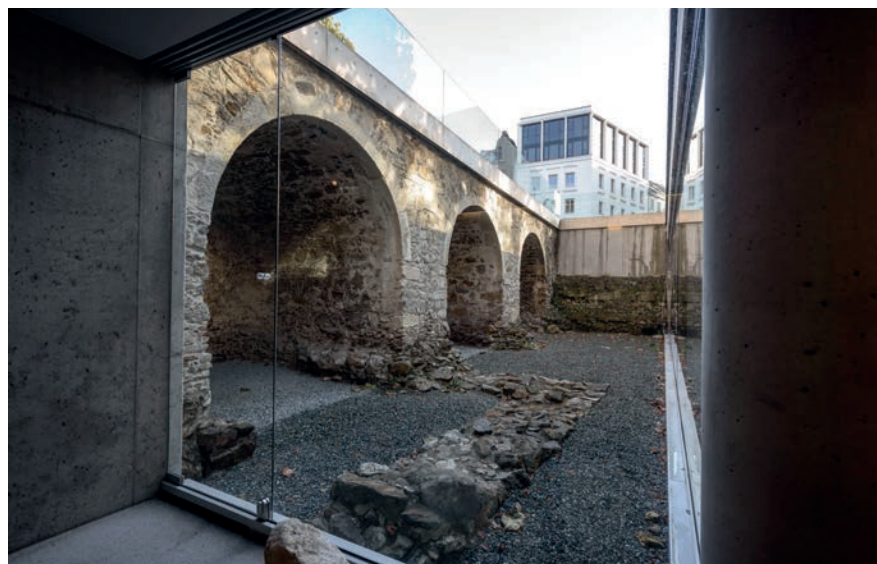
Zwischen Kirche, Staat und Tradition

Schon Kaiserin Sisi und Johannes Kepler haben ihre Zelte im **Linzer Landhaus** aufgeschlagen. In dem historischen Gebäudekomplex, in dem heute Oberösterreichs Landtag, seine Landesregierung und der Landeshauptmann residieren, erzählt jede Ecke ihre Geschichte. Eine Zeitreise.

Planetenbrunnen. Die erste Wasserleitung wurde 1579 ins Landhaus gelegt, zwei Jahre später begann Peter Guet, Steinmetzmeister aus Peuerbach, mit der Herstellung des achteckigen Planetenbrunnens im Arkadenhof. Unterhalb der Bronzekugel, die Jupiter trägt, finden sich sechs personifizierte „Planeten“ nach dem geozentrischen Weltbild: Mond, Merkur, Venus, Sonne, Mars und Saturn.



Arkadenhof. Der Hof und die Arkadengänge stammen aus der Renaissance: Sie wurden von 1568 bis 1574 erbaut. Hier war ein Teil der ständischen Landschaftsschule untergebracht, an welcher der deutsche Astronom, Physiker und Mathematiker Johannes Kepler von 1612 bis 1626 unterrichtete. Der Turm in der Mitte ist das Wahrzeichen des Landhauses, in seiner ursprünglichen Form entstand er im Jahr 1568.



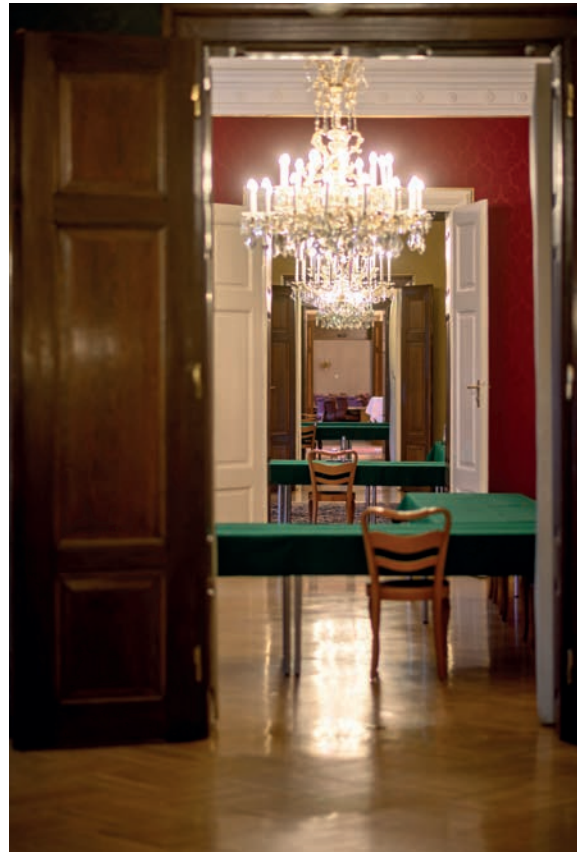
Fundstück. Immer wieder stößt man in Linz auf Überreste vergangener Zeiten. Bei Grabungsarbeiten für die geplante Tiefgarage beim Landhaus wurde im Jahr 2008 eine Steinbogenbrücke aus dem 18. Jahrhundert entdeckt, die über den ehemaligen Stadtgraben zum Südtor des Landhauses führte.



Neorokoko. Seit 1863 kommt der oberösterreichische Landtag in dem reichlich mit Gold und Stuck verzierten Landtagssitzungssaal zusammen. Einmal pro Woche finden die Besprechungen der Landesregierung im Regierungssitzungszimmer (Mitte) statt. In diesem Raum steht auch der barocke Schreibtisch von Abt Dominik Lepschy, dem ersten Landeshauptmann Oberösterreichs.



Feudale Fluchten. Auf einer Fläche von 5300 Quadratmetern verfügt das Landhaus über 450 Räume. Im 13. Jahrhundert stand an dieser Stelle ein Minoritenkloster. Als dieses verarmte, wurden die Räumlichkeiten zunächst an die Landstände vermietet und diesen bis 1565 ganz übertragen. Unter „Land“ verstand man damals eine Interessengemeinschaft lokaler Machthaber. Die vier Landstände (Prälaten, Herren, Ritter und sieben landesfürstliche Städte) regierten und verwalteten das Land gemeinsam mit dem Landesfürsten. Zu diesem Zweck kamen sie zu Landtagen zusammen.



Fotos: Dieter Hawlan



Eitelkeit. Abt Dominik Lepschy, der von 1861 bis 1868 Landeshauptmann war, soll eitel und misstrauisch gewesen sein. Daher habe er in seinen mit Intarsien verzierten Schreibtisch einen Spiegel einbauen lassen – um sich selbst zu bewundern und Angreifer von hinten rechtzeitig zu erkennen.



Brautfahrt. Im April 1854 fuhr die damals 16-jährige bayrische Herzogin Elisabeth mit ihrer Mutter von München über Passau und Linz nach Wien, um dort Kaiser Franz Joseph zu ehelichen. Abt Lepschy begrüßte Sisi in Passau und fuhr mit ihr auf dem Raddampfer „Stadt Regensburg“ nach Linz, wo die Prinzessin im heutigen Elisabeth-Zimmer im Landhaus (links) übernachtete. Im Braunen Saal steht die Rokoko-Standuhr aus dem 17. Jahrhundert (oben). Ihr Wert wird auf rund 500.000 Euro geschätzt, alle drei Tage muss sie händisch aufgezogen werden.



Virtueller Rundgang:

Auf der Website des oberösterreichischen Landtags, von der auch viele Informationen auf diesen Seiten stammen, finden sich weitere historische Details, ein Plan des Gebäudekomplexes und ein 360-Grad-Rundgang durch das Landhaus.

www.ooe-landtag.at



Minoritenkirche. An dieser Stelle stand im 13. Jahrhundert eine gotische Kirche, nach der Übernahme des Gebäudekomplexes durch die Landstände war ein Spital darin untergebracht. Ab 1602 wurde die Kirche von den Jesuiten genutzt, später errichteten die Minoriten ein neues Kloster. Heute hält die Petrusbruderschaft hier Gottesdienste nach römischem Ritus ab.

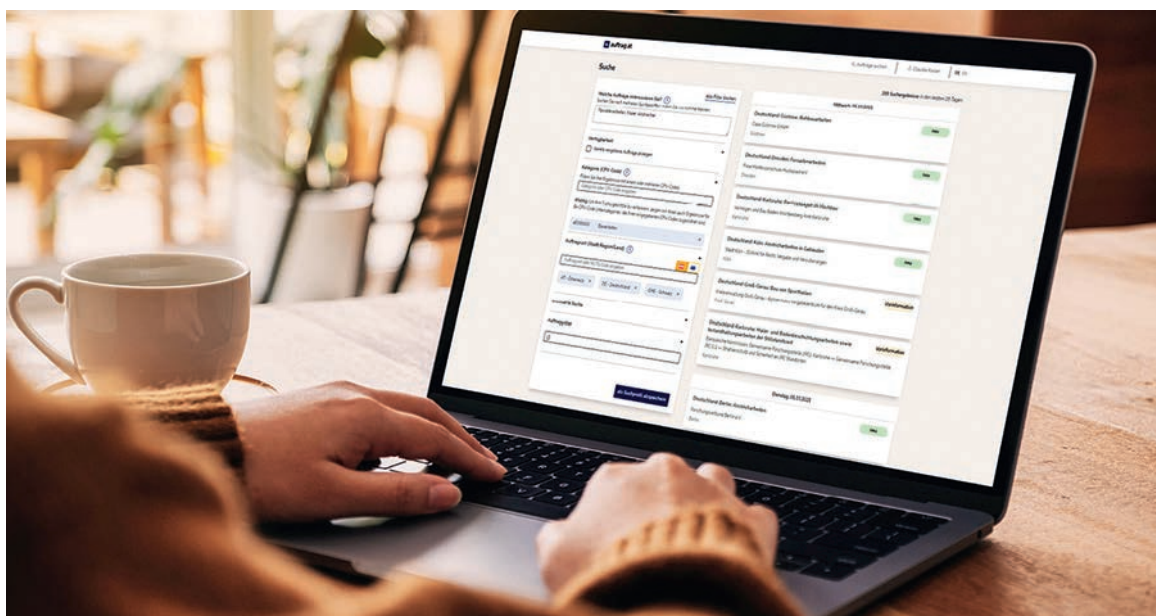
Turmbau. Der Landhausturm war ursprünglich nur 20 Meter hoch, weil der damalige Kaiser, der gelegentlich im Linzer Schloss weilte, nicht wollte, dass der Turm seine Sicht auf die Stadt stört. 1638 konnte der Turm auf die heutige Höhe von 66 Metern aufgestockt werden.

Feuerwache. Der Türmer musste alle 15 Minuten nach Bränden Ausschau halten. Wenn er ein Feuer entdeckte, schlug er die Glocke an und deutete mit einer großen Fahne in die Richtung der Flammen. Der letzte Türmer verließ erst 1932 die Turmstube. Am 15. August 1800 hatte ein Brand in Linz gewütet und auch einen Teil des Landhauses zerstört.



„FINDEN STATT SUCHEN“ – AUFTRAG.AT STARTET NEUE SUCHE NACH AUSSCHREIBUNGEN

auftrag.at, das Vergabeportal der Wiener Zeitung Mediengruppe, gestaltet die eVergabe-Lösung der Zukunft. Mit der neuen Suche ist nun das nächste Modul für Unternehmen online gegangen.



Die Wiener Zeitung Mediengruppe entwickelt eine neue intuitive und moderne Plattform für die Abwicklung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Auftragsvergaben. Unter der etablierten Marke **auftrag.at** entsteht ein gesamtheitliches eVergabe-Portal in komplett neuem Design als einheitlicher Einstiegspunkt in die eVergabe-Lösungen der Wiener Zeitung Mediengruppe.

Nach dem Launch der Direktvergabe zu Beginn des Jahres folgt nun der nächste große Schritt – der Launch der verbesserten Suche nach Ausschreibungen.

Die neue **auftrag.at** Suche

Mit dem Launch präsentiert sich die **auftrag.at** Suche ab sofort in gänzlich neuem Gewand, aber nicht nur das: Mit einer modernen, benutzerfreundlichen Oberfläche können Unternehmen intuitiv und zeitsparend nach relevanten Ausschreibungen und Veröffentlichungen suchen. Über Suchprofile lassen sich diverse Kriterien und Filter konfigurieren,

sodass NutzerInnen die passenden Suchergebnisse täglich automatisiert und übersichtlich zugestellt bekommen.

Um jeden Tag neue Verkaufschancen direkt per E-Mail zu erhalten, können NutzerInnen zwischen vier attraktiven Abomodellen wählen und sich auf diese Art ganz einfach einen Anteil am jährlich rund 62 Milliarden Euro großen Ausschreibungsvolumen des öffentlichen Sektors in Österreich sichern.

„Im Zuge der Modernisierung unserer Vergabeservices als Teil der Transformation unserer gesamten Mediengruppe sehen wir den Launch der neuen **auftrag.at** Suche als weiteren Meilenstein. Wir können nun unseren Kunden eine noch modernere und effizientere Suche nach aktuellen Ausschreibungen zur Verfügung stellen“, freut sich Martin Fleischhacker, Geschäftsführer der Wiener Zeitung Mediengruppe.

„Wir haben im Jahr 2021 intensiv an der technischen Weiterentwicklung unserer Services gearbeitet und verfolgen mit dem Launch der neuen **auftrag.at** Suche konsequent unseren Weg als verlässlicher Partner im Bereich der Informationsdienstleistungen für die österreichische Wirtschaft. Durch moderne Plattformen und innovative Features wollen wir den Mehrwert für unsere Kunden vergrößern“, erklärt Martin Mair, Chief Information Officer der Wiener Zeitung Mediengruppe.

Die Wiener Zeitung Mediengruppe ist seit 2006 bedeutender österreichischer Komplettanbieter für die Veröffentlichung und die Unterstützung der digitalen Abwicklung von öffentlichen Ausschreibungen. Seit 2007 wurden über 19.000 Verfahren auf **lieferanzeiger.at** abgewickelt. Auf AuftragnehmerInnen-Seite wurde die Plattform **auftrag.at** seit 2006 von mehr als 62.000 Personen genutzt.

a. auftrag.at

Mehr auf **www.auftrag.at**



Das Recht auf Gleichheit

Per Gesetz verboten, kommt es dennoch hin und wieder zu Diskriminierungsfällen beim Arbeitgeber Bund. Wie **Gleichstellung** im öffentlichen Dienst eingefordert und gefördert wird.

Anna ist Exekutivbeamtin und hat sich infolge einer Ausschreibung einer Landespolizeidirektion um die Planstelle als Sachbereichsleiterin beworben. Doch Anna bekommt die Stelle trotz erfüllter Qualifikationen nicht, an ihrer statt wird ein männlicher Kollege befördert. Das möchte Anna, die in Wahrheit ganz anders heißt, nicht auf sich sitzen lassen – rechtlich gesehen muss sie das auch nicht.

Auch wenn in der Verfassung nicht gegendert wird, gilt der Gleichheitssatz: „Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich“, heißt es in Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung von 1920. Demnach sind „Vorrechte der Geburt, des Geschlechts, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses (...) ausgeschlossen“. Doch auch wenn Diskriminierung verboten ist, kam und kommt es in der Arbeitswelt – darunter auch beim größten Arbeitgeber Österreichs, dem Bund – immer wieder zu Fällen von Ungleichbehandlung beziehungsweise Benachteiligung. Um dem entgegenzuwirken, wurde mit dem Gleichbehandlungsgesetz von 1979 die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft normiert. Da in der Beamtenschaft fixierte Besoldungsschemata gelten, war der öffentliche Dienst in dem Gesetz explizit ausgenommen. Das änderte sich erst mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, weil das Gemeinschaftsrecht auch eine Einbeziehung des öffentlichen Dienstes vorsieht.

Seither regelt das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) die Gleichbehandlung durch den Bund als Dienstgeber. Davon umfasst sind unter anderem Dienst- und Ausbildungsverhältnisse. Als Kontrollinstitution fungiert dabei die Bundes-Gleichbehandlungskommission (B-GBK), die auf Antrag von Beschwerdeführerinnen oder Beschwerdeführern

die Einhaltung des Gleichbehandlungsgebotes im Bundesdienst überprüft. In zwei Senaten befasst sie sich mit allen Fragen, die die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die Frauenförderung und die Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung im Bundesdienst betreffen.

Das Verfahren

Wollen sich Bedienstete des Bundes, wie zum Beispiel Beamtin Anna, gegen Diskriminierungen wehren, können sie einen Antrag an die Bundes-Gleichbehandlungskommission stellen. Bemängelt werden üblicherweise Benachteiligungen bei der Begründung des Dienstverhältnisses, bei der Entgeltfestsetzung oder ein verhinderter beruflicher Aufstieg. Das Verfahren ist kostenlos; darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich vorab von einem oder einer Gleichbehandlungsbeauftragten des jeweiligen Ressorts zu dem persönlichen Anliegen beraten zu lassen. Nach Einreichen des Antrags wird der jeweilige Fall in einem der beiden Senate geprüft. Diese setzen sich aus jeweils acht Kommissionsmitgliedern zusammen – vier werden von den Ministerien nominiert und vier von den Gewerkschaften. Laut Monika Gabriel, der Nominierten der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) an den Senat I der B-GBK, „funktioniert die Arbeit der Kommission sehr gut“. Bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission, die etwa fünf Mal im Jahr zusammenkommt und in den Sitzungen je nach Bedarf drei bis fünf Fälle behandelt, haben beide Seiten die Möglichkeit, ihre Standpunkte darzulegen. Unmittelbar nach der Sitzung wird von den Mitgliedern der B-GBK festgestellt, ob und in welcher Form eine Diskriminierung vorliegt. Die





Senate entscheiden fast immer einstimmig. In einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten nach der Anhörung wird danach ein schriftliches Gutachten erstellt, das den Beschwerdeführenden und dem Dienstgeber zugestellt wird. Das Ziel dieser Arbeit? Einerseits eine Kulturänderung in den jeweiligen Ressorts, andererseits die Möglichkeit für Betroffene, bei tatsächlich festgestellter ungerechtfertigter Benachteiligung Schadenersatz zu erhalten. Denn das Gutachten der Kommission wird in einem Verfahren um Schadenersatz bei der Dienstbehörde oder bei Gericht als Beweismittel gewertet. „In fast zehn Jahren, in denen ich diese ehrenamtliche Tätigkeit ausübe, wurde den meisten Beschwerdeführenden ‚Recht‘ zugesprochen“, sagt Gabriel. Der Grund sei, dass die Beweislast beim Dienstgeber liege. „Dieser muss der Kommission gegenüber nachweisen, dass keine Diskriminierung vorliegt. Das gelingt nur selten.“ Die meisten Gutachten der Kommission werden anonymisiert auf der Seite des Bundeskanzleramts veröffentlicht, die jährliche Zahl der Fälle bewegt sich im niedrigen zweistelligen Bereich. 2020 waren es 17 Fälle für den Senat I, der sich mit Frauenförderung beschäftigt, und 24 für den Senat II, der Fälle rund um Gleichbehandlung betreffend ethnischer Zugehörigkeit, Weltanschauung et cetera vertritt.

Männerdomäne. Nur ein Viertel der mehr als 37.000 Bediensteten im Innenministerium sind Frauen. Die Bundes-Gleichbehandlungskommission sieht einen „enormen Bedarf an Frauenförderung“.

Frauen in die erste Reihe

Das B-GIBG regelt nicht nur die Gleichbehandlung, sondern hat auch die berufliche Förderung von Frauen im Bundesdienst im Blick. Auf seiner Grundlage soll eine potenzielle Unterrepräsentation von Frauen ausgeglichen und somit eine Zusammensetzung der Bediensteten in der Bundesverwaltung gewährleistet werden, die dem Geschlechterschnitt der österreichischen Bevölkerung entspricht. „Im Jahr 2020 lag der Frauenanteil im Bundesdienst bei 42,6 Prozent. In den letzten Jahren stieg er kontinuierlich an“, zeigt sich Bernadett Humer, seit 2017 Chefin der Sektion VI – Familie und Jugend im Bundeskanzleramt, zufrieden. Lag der Frauenanteil 1995 noch bei 35,9 Prozent,

UNTERSCHIED GLEICHBEHANDLUNGSKOMMISSION VS. BUNDES-GLEICHBEHANDLUNGSKOMMISSION

Die **Gleichbehandlungskommission** befasst sich mit allen die Diskriminierung berührenden Fragen in der Privatwirtschaft.

Die **Bundes-Gleichbehandlungskommission** ist eine Verwaltungseinrichtung des Bundes, die wegen Diskriminierungen im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis zum Bund angerufen werden kann. Sie besteht aus zwei Senaten.

konnte er mittlerweile in nahezu allen Bereichen des Bundesdienstes merklich gesteigert werden. Persönlich ist es Humer „ein wichtiges Anliegen, Frauen zu fördern und zu unterstützen. Am Beispiel meiner Sektion: Hier liegt der Frauenanteil bei 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei 70 Prozent, auf Führungsebene bei 50 Prozent. Wir liegen damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt im Bundesdienst.“

Umsichtiger Arbeitgeber

Der Bundesdienst zeigt sich gerne als familienfreundlicher Arbeitgeber, wie Sektionschefin Humer erklärt: „Im öffentlichen Dienst wird bereits seit vielen Jahren familienfreundliches Arbeiten für Männer und Frauen ermöglicht. Exemplarisch möchte ich die Möglichkeit auf Pflegefreistellung und Arbeit von zu Hause aus erwähnen. Eine weitere Unterstützungsmöglichkeit stellt die Zertifizierung ‚berufundfamilie‘ dar. Mithilfe von externen Auditorinnen und Auditoren sollen so familienfreundliche Maßnahmen individuell und auf die Rahmenbedingungen der Bediensteten zugeschnitten, entwickelt und umgesetzt werden. Über 500



Neue Herausforderung.

Beim Bundesheer hält sich der Frauenanteil mit vier Prozent stark in Grenzen. Der „Frauenförderungsplan 2020–2023“ soll dies ändern.



Familie und Jugend.

Zu den Zuständigkeiten der Sektion VI – Familie und Jugend zählen die finanzielle Unterstützung von Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

sektion.familiejugend@bka.gv.at

Unternehmen mit knapp einer halben Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind bereits dabei, darunter auch zahlreiche Ressorts wie das Bundeskanzleramt.“ Frauenförderungspläne, gezielte Förderprogramme für Frauen in Führungspositionen oder die Einkommenstransparenz sind jedenfalls bewährte Instrumente in der Gleichstellungspolitik des Bundes.

Apropos Einkommen: Durch die Verpflichtung zur Öffentlichmachung von Einkommensberichten des Bundes und mithilfe von Transparenz bei der Ausschreibung soll der Gender-Pay-Gap nach und nach geschlossen werden – zurzeit beträgt die Lohnschere zwischen Männern und Frauen im gesamten öffentlichen Dienst nur mehr 8,6 Prozent. In der Privatwirtschaft hingegen lag dieser Anteil heuer bei 18,5 Prozent.

Eine wesentliche Kennzahl bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt betrifft die Frage, wie stark Frauen in den höchsten besoldungsrechtlichen Einstufungen vertreten sind. Führungsverantwortung geht mit Entscheidungs- und Gestal-



Die prachtvolle Akademie der bildenden Künste am Wiener Schillerplatz ist eines von 350 denkmalgeschützten Bauwerken im Portfolio der BIG. Wir haben das Haus, das Theophil Hansen vor 150 Jahren für die Akademie entworfen hatte, mit viel Gespür, Können und Teamwork restauriert. Bald gehen hier wieder Kunst-Studierende ein und aus und die Gemäldegalerie ist für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Der Anatomiesaal (Bild) ist jetzt wieder in jenen Farben erlebbar, die Hansen erdacht hatte.

RAUM FÜR
BILDUNG

Akademie der bildenden Künste
Architektur: Theophil Hansen, Foto: Helmut Wimmer

www.big.at



Bernadett Humer leitet seit 2017 die Sektion für Familie und Jugend.

3 FRAGEN AN DIE SEKTIONSCHEFIN

Was waren die größten Herausforderungen für Sie als Sektionschefin?

Mein Job erfüllt mich mit großer Freude und ich arbeite gerne an den zentralen Themen der Familien- und Jugendpolitik. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die Sektion Familie und Jugend allein über 7 Milliarden Euro und damit zehn Prozent des Bundesbudgets verwaltet und wir daher eine hohe Verantwortung in der Unterstützung von Familien und jungen Menschen in diesem Land tragen. Die größte Herausforderung war sicher die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und die damit einhergehenden zusätzlichen und notwendigen Unterstützungsleistungen für Familien in Not.

Was zeichnet in Ihren Augen eine gute Führungskraft aus?

Eine gute Führungskraft – egal ob eine Frau oder ein Mann – hat ganz allgemein in ihrem Team für klare Entscheidungen und für deren Umsetzung zu sorgen. Es ist dabei wichtig, klare Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen, die im Team transparent und verständlich kommuniziert werden.

Haben Sie sich im Lauf Ihrer Karriere jemals diskriminiert gefühlt?

Eine Diskriminierung im Sinne einer ungerechtfertigten Benachteiligung habe ich nicht erlebt. Ich kann mich allerdings an die eine oder andere Situationen erinnern, als junge Frau aufgrund meines Alters unterschätzt worden zu sein. Das hat sich im Lauf der Jahre geändert und mich nur darin bestärkt, konsequent meinen Weg zu gehen.



tungsmöglichkeiten einher, andererseits korreliert sie mit der Einkommenshöhe und ist damit einer der Gründe für den Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern. Von 2017 bis 2019 stieg der Anteil von Frauen in allen besoldungsrechtlichen Einstufungen. 2019 war in den höchsten Gehaltsklassen mehr als ein Drittel (36,2 Prozent) Frauen vertreten. Die meisten Verfahren, die bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission wegen einer Beschwerde eröffnet werden, betreffen übrigens berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Monika Gabriel von der GÖD erklärt gerade dies zur größten Herausforderung der Kommission: Beschwerdefälle rund um hochdotierte Führungspositionen im öffentlichen Dienst. Hierbei fühlen sich laut Statistik des Bundeskanzleramts deutlich mehr Männer ihren Kolleginnen gegenüber diskriminiert als umgekehrt. Oft könne die Kommission aber nachweisen, dass dies nicht der Fall war und „die Frau die höheren Qualitätsvoraussetzungen erbringt“, so Gabriel. Für die Gewerkschafterin sind die Verfahren ein „gut funktionierendes Instrument“, auch wenn sie sich manchmal über Monate hinziehen können. Doch wie in vielen Fällen, die vor der B-GBK landen, kam auch die eingangs erwähnte Exekutivbeamtin zu ihrem Recht. Die Kommission stellte eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fest. In seinem Gutachten verwies der Senat auf schadenersatzrechtliche Ansprüche und zeigte darüber hinaus auf, dass das betreffende Bundesministerium „einen enormen Bedarf an Frauenförderung hat“. Trotz großer Fortschritte gibt es also in puncto Gleichstellung noch genug zu tun.

Gläserne Decke. Je höher die Gehaltsklasse und je größer die Verantwortung, desto niedriger ist der Frauenanteil.



Susanne Schubert ist stellvertretende Frauenvorsitzende in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Mitglied im Senat I der Bundes-Gleichbehandlungskommission.

Gutachten müssen mehr Beachtung finden

Die **Bundes-Gleichbehandlungskommission** verfügt über jahrzehntelange hohe Expertise – diese sollte auch gewürdigt werden.

Von den vielen Aufgaben und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes ist eine vermutlich weniger bekannt – aber für öffentlich Bedienstete besonders wichtig: die Bundes-Gleichbehandlungskommission. Sie ist eine besondere Verwaltungseinrichtung des Bundes, die wegen Diskriminierungen im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis zum Bund angerufen werden kann. In zwei Senaten aufgegliedert hat sie sich mit allen Fragen zu befassen, die **die Gleichbehandlung von Frauen und Männern oder die Frauenförderung betreffen**, aber auch die Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung im Bundesdienst. Auf Antrag oder von Amts wegen haben die Senate Gutachten zu erstatten, ob eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes vorliegt.

Besonders wichtig aus Sicht der Frauen im öffentlichen Dienst ist dabei, dass der Senat I darüber hinaus zu prüfen hat, ob das Frauenförderungsgebot eingehalten wurde. Die rechtliche Grundlage dafür ist das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz. **Verfahren werden niederschwellig mit einem Antrag eingeleitet**, wobei eine Antragstellerin oder ein Antragsteller den beanstande-

ten Vorfall lediglich glaubhaft zu machen hat. Der Dienstgeber hat wiederum darzulegen, dass bei Abwägung aller Umstände eine höhere Wahrscheinlichkeit dafürspricht, dass ein anderes Motiv für die unterschiedliche Behandlung ausschlaggebend war. Oder der Dienstgeber macht einen anderen Rechtfertigungsgrund glaubhaft – zum Beispiel, dass das andere Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung für die auszuübende Tätigkeit ist. Das heißt, **der Dienstgeber ist verpflichtet, dem befassten Senat der Kommission die für die Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen**. Der Senat hat nach Prüfung ein Gutachten zu erstatten, ob eine Verletzung des Gleichbehandlungs- oder des Frauenförderungsgebotes vorliegt. In einem Verfahren wegen Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes hat sich die Dienstbehörde oder das Gericht mit einem Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission im Einzelfall zu befassen und ein davon abweichendes Ergebnis zu begründen.

Eine besonders wichtige Aufgabe hat die Bundes-Gleichbehandlungskommission auch im Gesetzgebungsverfahren: **Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen einer Zentralstelle des Bundes**, die Angelegenheiten der Gleichbe-

handlung von Frauen und Männern, der Frauenförderung und der Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung im Bundesdienst unmittelbar berühren, **müssen der Kommission im Begutachtungsverfahren zugeleitet werden**. Diese erstellt dann ein Gutachten zum jeweiligen Gesetzesvorschlag – die Anzahl und die Inhalte der Verfahren zeigen immer wieder die Wichtigkeit dieser unabhängigen Einrichtung auf.

Als Mitglied der Bundes-Gleichbehandlungskommission wünsche ich mir, dass sich die Gerichte und Dienstbehörden intensiv und ausführlich mit den Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission auseinandersetzen. **Die Kommission kann eine jahrzehntelange hohe Expertise vorweisen, ihre Gutachten sind unabhängig**. Maßnahmen und Überlegungen zu einer eventuell noch effektiveren Umsetzung von Gutachten der Kommission sind dabei jedoch Sache der Politik.

Weitere Informationen zu den Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission unter:

www.oeffentlicherdienst.gv.at/publikationen

Zivildienst: Vom Nischenprogramm zur etablierten Stütze

Seit 1975 gibt es ihn: Der Dienst in sozialen Einrichtungen wird immer beliebter und ist für viele der Eintritt in eine ehrenamtliche Tätigkeit. Damit stellt der **Zivildienst** eine wesentliche Ressource im Gesundheitssystem dar.

Was vor 46 Jahren als Nischenprogramm begann, ist zu einer wichtigen gesellschaftlichen Stütze geworden – der Zivildienst. Leisteten im Jahr seiner Einführung 1975 noch 344 Personen den Zivildienst, so waren es im vergangenen Jahr schon 14.093 ordentliche Zivildienstler. Auch die Zahl der Einrichtungen, in denen Zivildienstler zum Einsatz kommen, ist in den fast 50 Jahren seiner Existenz stetig gestiegen, und heute können Zivildienstler aus rund 1.600 Institutionen in Österreich wählen. Aber von Anfang an: Als 1955 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, blieb jungen Männern, die das Tragen einer Waffe aus Gewissensgründen verweigerten und durch die Leistung des Wehrdienstes in Gewissensnot geraten wären, nur der ordentliche Wehrdienst ohne Waffe – der drei Monate länger dauerte, nämlich ein ganzes Jahr. Erst 20 Jahre später wurde eine echte Alternative geschaffen: der Zivildienst. Im Jahr 1975 trat das Zivildienstgesetz in Kraft. Damit wurde der Grundstein für jenen Dienst gelegt, den heute rund 45 Prozent aller tauglichen Wehrpflichtigen absolvieren.

In den Anfängen des Zivildienstes war das Österreichische Rote Kreuz die einzige Anlaufstelle, inzwischen sind Zivildienstler in zahlreichen sozialen Einrichtungen im Einsatz – neben dem Rettungswesen zum Beispiel in der

VOM WEHR- ZUM WEHRERSATZDIENST

Ganze 20 Jahre dauerte es, bis in Österreich eine echte Alternative zum Dienst mit Waffe geschaffen wurde.

1955

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht – Dienst ohne Waffe im Bundesheer möglich

1975

Einführung des Zivildienstes als Wehersatzdienst (Gewissensgründe wurden geprüft)

1991

Abschaffung der Prüfung von Gewissensgründen auf Glaubhaftigkeit

Behinderten- und Sozialhilfe, Altenbetreuung, in Krankenhäusern und der Kinderbetreuung (siehe Grafik auf S. 21). Dabei werden Leistungen erbracht, die für die Gemeinschaft notwendig und nützlich sind. Laut dem Zivildienstgesetz von 1986 übernehmen Zivildienstler Dienstleistungen, „die der Zivilen Landesverteidigung oder sonst dem allgemeinen Besten dienen und den Zivildienstpflichtigen ähnlich wie der Wehrdienst den Wehrpflichtigen belasten; sie dürfen nicht in der Anwendung von Gewalt gegen Menschen bestehen.“ Zudem dürfen Zivildienstler keinen Arbeitsplatz ersetzen, sondern müssen für Hilfsdienstleistungen eingesetzt werden. Sie haben dabei unter entsprechender Beaufsichtigung und Verantwortung eines oder einer Vorgesetzten zu stehen, was eine der Größe der Einrichtung angemessene Zahl von hauptamtlich Vollbeschäftigten voraussetzt.

Vermittlung der Zivildienstler

Um Zivildienstler darf sich nicht jedes Unternehmen bewerben. Anerkannt werden NPOs und NGOs – diese machen rund 80 Prozent der Einrichtungen aus – sowie Institutionen des Bundes, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände und nicht gewinnorientierte rechtliche Körperschaften oder juristische Personen in Österreich. Nach der Antragsgenehmigung durch das Amt der jeweiligen Landesregie-



Hilfsdienst. In den Anfängen war das Rote Kreuz die einzige Anlaufstelle für Wehrdienstverweigerer. Zivildienstler werden bis heute nur unterstützend eingesetzt und dürfen keine tatsächlichen Arbeitsplätze ersetzen.



Engagement. Der Vorarlberger Zivildienstler Sebastian Jehle nimmt den Preis für den „Zivildienstler des Jahres 2020“ von Ministerin Elisabeth Köstinger entgegen.

ZIVILDIENER DES JAHRES

Seit 2008 wird das Engagement der jungen Männer mit der Auszeichnung „Zivildienstler des Jahres“ von der Bundesregierung sichtbar gemacht. Jedes Bundesland hat die Möglichkeit, Zivildienstler zu nominieren, die sich durch ihre Leistung besonders hervorgetan haben. Eine Jury wählt danach neun Landes- und einen Bundessieger. In diesem Jahr wurden auch außerordentliche Zivildienstler geehrt, die während der Corona-Ausnahmesituation im Einsatz waren.

Der **Vorarlberger Sebastian Jehle ist Bundessieger 2020**, er absolvierte seinen Zivildienst im Kindergarten Neunteln in Hohenems. Er beeindruckte die Jury – aber vor allem die Einrichtung selbst – mit seinem Engagement. Die Vielseitigkeit der Begabungen und Ressourcen, die Zivildienstler wie Jehle mitbringen, schätzt **Sabine Mang, Leiterin des Kindergartens Neunteln**, besonders. Seit sechs Jahren beschäftigt der Kindergarten Zivildienstler, die im Arbeitsalltag eine große Unterstützung darstellen. „Es ist eine Entlastung für das ganze Team, etwa bei Büroarbeit oder zeitaufwendigen kreativen Tätigkeiten. Auch die Sicherheit bei Ausflügen wird erhöht“, sagt Mang. „Vor allem weil viele nicht aus der Branche stammen, kommt neue Energie herein.“

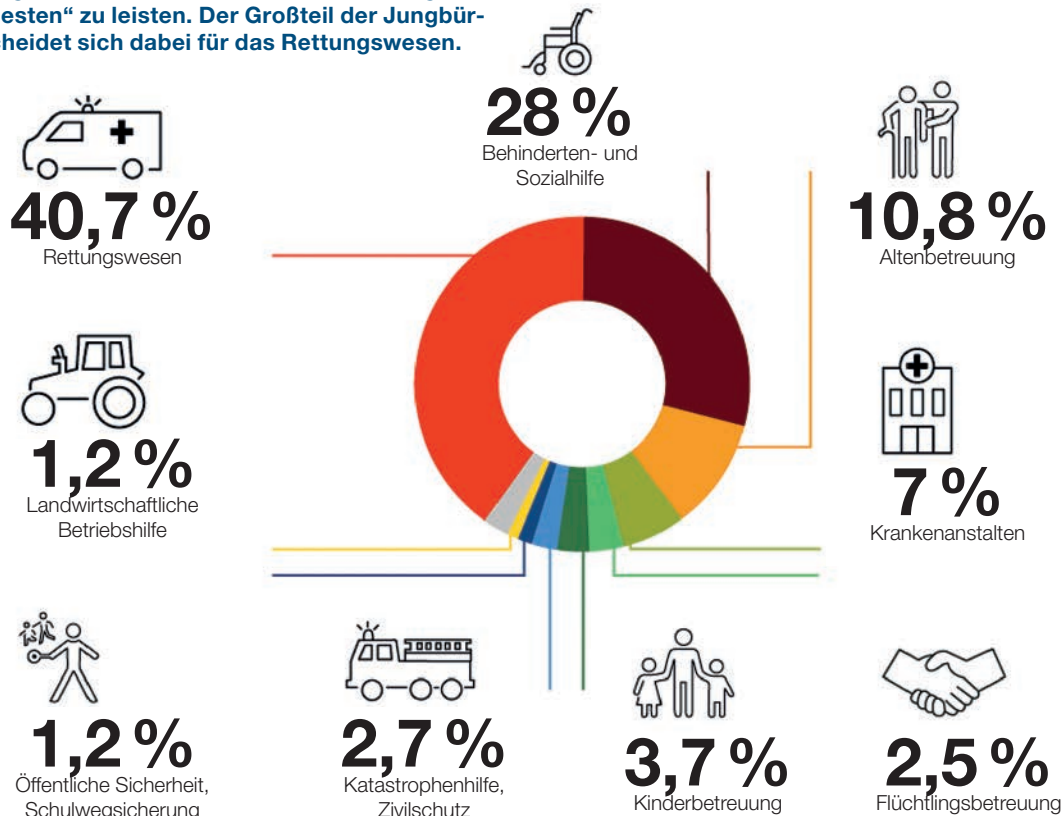
Während der Tätigkeit erhalten Zivildienstleistende eine Grundvergütung in Höhe von 351,70 Euro monatlich (Stand 1.1.2021) und zusätzliche Leistungen wie tägliches Verpflegungsgeld oder Naturalverpflegung sowie Wohnbeihilfe. Außerdem haben Zivildienstler Anspruch auf eine kostenlose Österreichcard Zivildienst der ÖBB.

Während der Tätigkeit erhalten Zivildienstler gemeldet werden. An diesem Punkt übernimmt die Zivildienstserviceagentur (ZISA): „Wir sind die Drehscheibe für den Zivildienstbereich“, sagt Ferdinand Mayer, Leiter der ZISA. Die Agentur stellt Informationen bereit und ist für die Vermittlung der Zivildienstler an die rund 1.600 anerkannten Einrichtungen in Österreich zuständig. „Unsere Aufgabe beginnt mit der Abgabe der Zivildiensterklärung, von da an wechselt die Zuständigkeit vom Verteidigungsministerium zu uns“, sagt Mayer. Angehende Zivildienstler können sich direkt bei der Wunsch Einrichtung vorstellen, was häufig zu einer erfolgreichen Vermittlung führt. Diesen Weg gehen 80 Prozent aller Zivildienstler. Damit es nicht „neun sehr lange Monate“ werden, rät Ferdinand Mayer dazu, sich vorab über die ZISA-Website zu informieren, eine Einrichtung auszusuchen und rechtzeitig zu kontaktieren – denn sonst können verfügbare Plätze zu den Wunschterminen bereits vergeben sein.

Während ihrer Tätigkeit erhalten Zivildienstleistende eine Grundvergütung in Höhe von 351,70 Euro monatlich (Stand 1.1.2021) und zusätzliche Leistungen wie tägliches Verpflegungsgeld oder Naturalverpflegung sowie Wohnbeihilfe. Außerdem haben Zivildienstler Anspruch auf eine kostenlose Österreichcard Zivildienst der ÖBB.

DIE VIELFALT DER EINRICHTUNGEN

Mittlerweile können Zivildienstler aus einer Vielzahl von Einrichtungen wählen, um ihren Dienst zum „allgemeinen Besten“ zu leisten. Der Großteil der Jungbürger entscheidet sich dabei für das Rettungswesen.



Wegweiser für berufliche Laufbahn

Der Zivildienst legt mitunter den Grundstein für den beruflichen Werdegang. Laut einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien aus dem Jahr 2010 arbeiten rund sieben Prozent der Zivildienstler nach dem Dienst als hauptamtliche Mitarbeiter in der Einrichtung weiter, ein Drittel bleibt als Ehrenamtliche erhalten. Darüber hinaus bewerten viele Zivildienstler die Erfahrung als sehr positiv und berichten davon, dass sie ihre Kompetenzen in Bereichen wie Teamfähigkeit, Belastbarkeit und Kommunikation sowie Verständnis und Einfühlungsvermögen verbessern konnten.

Dienst für die Gesellschaft

Doch nicht nur für den Einzelnen, auch für die österreichische Gesellschaft hat der Zivildienst mittlerweile einen hohen Stellenwert erlangt. „Jede Stadt und jedes Dorf braucht Zivildienstler. Seit seiner Einführung im Jahr 1975 hat sich der Zivildienst zu einer unverzichtbaren Säule unserer Gesellschaft entwickelt“, betont Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Zivildienst. Die Coronavirus-Pandemie habe gezeigt, dass der Zivildienst als strategische Reserve im Gesundheitssystem wichtig sei. Im Jahr 2020 meldeten die Einsatzorganisationen einen Rekordbedarf von 16.500 Zivildienstler. Dieser Bedarf konnte zu über 85 Prozent erfüllt werden. Zivildienstler, deren Einrichtungen



Einsatz jenseits der Pflicht.

Da die Wehrpflicht nur männliche österreichische Staatsbürger betrifft, können Frauen keinen Zivildienst leisten. Wer sich jedoch ehrenamtlich engagieren möchte, kann dies unabhängig vom Geschlecht in zahlreichen sozialen Einrichtungen tun. Auch ein Freiwilliges Sozialjahr (FSJ) ist möglich, das Bildungs- und Berufsorientierungselemente für soziale Berufsfelder beinhaltet. Ebenso wie im Zivildienst üben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nach Ende des FSJ eine freiwillige Tätigkeit aus oder wählen eine entsprechende Berufsausbildung.

www.fsj.at

aufgrund der Lockdowns schließen mussten, wurden in Covid-relevante Sparten versetzt, wie etwa in den Rettungsdienst, berichtet ZI-SA-Leiter Ferdinand Mayer. Zusätzlich wurde vorübergehend der außerordentliche Zivildienst ausgerufen, bei dem 4.500 ehemalige Zivildienstler während der Corona-Ausnahmesituation von April bis Juli 2020 im Einsatz waren.

Die Bereitschaft, sich nach neun Monaten Zivildienst auch weiterhin freiwillig zu engagieren, ist von zentraler Bedeutung. Beim Roten Kreuz Graz, wo 1975 die ersten Zivildienstler im Einsatz waren, sei der Zivildienst inzwischen in erster Linie ein Rekrutierungstool für künftige Ehrenamtliche geworden, sagt Bezirksgeschäftsführer Michael Moser. „Wir behandeln unsere Zivis gut und begegnen ihnen mit Wertschätzung. Nach den neun Monaten bleiben in Graz über zwei Drittel als Freiwillige.“ Je nach Einsatzgebiet bietet der Zivildienst auch die Möglichkeit, den eigenen Horizont zu erweitern. „Die Zivildienstler kommen in Gegenden und Häuser, die sie sonst nicht sehen würden. Da findet sich der Sohn aus bürgerlichem Haushalt in Substandard-Wohnungen wieder“, sagt Moser. Diese neue Sicht auf die Welt sei einer der Gründe, warum Zivildienstler auch über die Dauer ihrer Verpflichtung hinaus im sozialen Bereich tätig sind. Mit ihnen bleibt eine wichtige Ressource im österreichischen Gesundheitssystem bestehen.

„Die Pädagogik ist das Herzstück des Ministeriums“

Doris Wagner leitet die Sektion I – Allgemein- und Berufsbildung im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Im Interview erklärt sie, warum sie froh ist, selbst in der Klasse gestanden zu sein, wie das Ministerium mit der Pandemie umgeht und wohin sich das Schulsystem in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird.

Als Leiterin der Sektion I sind Sie seit Mai 2021 für die gesamte Allgemein- und Berufsbildung in Österreich zuständig. Abgesehen von der Pandemie: Was war die größte Herausforderung Ihrer bisherigen Tätigkeit?

Es ist für mich eine tolle Aufgabe, diese Sektion zu leiten. Die Pädagogik ist das Herzstück des Ministeriums – wir können hier Reformen anstoßen, die direkt im Klassenzimmer landen. Das Schöne ist auch, dass in der Sektion I alle Schularten beheimatet sind: von der Primarstufe mit Volks- und Sonderschulen über die Sekundarstufe I mit den Mittelschulen und der AHS-Unterstufe bis hin zur Sekundarstufe II, wo wir im Bereich der Allgemeinbildung und Berufsbildung sehr divers aufgestellt sind. Sie sehen schon, welch großartiges Bildungsangebot Österreich hat. Da ist für jede und jeden etwas dabei.

Worin lag für Sie persönlich die größte Umstellung beim Jobwechsel?

Für mich ist spannend, dass ich jetzt ein viel größeres Team leiten darf: In der Bildungsdirektion für Niederösterreich waren es um die 60 Personen, jetzt ist mein Bereich mehr als doppelt so groß. Es ist herausfordernd, aber es ist auch eine sehr schöne Aufgabe, denn ich kann mich auf mein Team verlassen, und es herrscht ein gemeinsamer Spirit der Pädagogik.

Sie waren in der Wirtschaft und im Berufsschulsektor tätig, Bildungsminister Heinz Faßmann stellte Sie als „Frau aus der Praxis“ vor. Welche Erfahrungen aus

Ihrem bisherigen Berufsleben können Sie in Ihre jetzige Tätigkeit einbringen? Welche neuen Fähigkeiten mussten Sie sich aneignen?

Ich habe Pädagogik von der Pike auf gelernt: Nach der Privatwirtschaft bin ich in den Berufsschulbereich eingestiegen. Und wenn man selbst in der Klasse gestanden ist, dann sieht man die Dinge anders. Über die pädagogische Arbeit bin ich dann in die stellvertretende Schulleitung, die Schulleitung und in die Schulaufsicht gekommen, zuletzt war ich Leiterin des Bereichs Pädagogischer Dienst in der Bildungsdirektion Niederösterreich. Dieser Karriereweg hat mir den Vorteil gebracht, dass ich durch die verschiedenen Positionen im schulischen Bereich auch die unterschiedlichsten Facetten kenne und somit authentisch sein kann.

Durch Ihre Zeit in der niederösterreichischen Bildungsdirektion kennen Sie auch die Länderperspektive. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist ja gerade im Bildungsbereich oft nicht frictionsfrei. Wie kann die Zusammenarbeit verbessert werden?

Die Kompetenzbereiche sind klar zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgesteckt. Immer wenn große Prozesse am Laufen sind, wird man da und dort auf andere Meinungen stoßen. Mein Credo ist, die Zusammenarbeit mit allen zu suchen. Denn letztendlich geht es um ein gemeinsames Ziel, es geht um die Bildung unserer Kinder, es geht um unsere Zukunft. Und daher müssen wir die Kräfte bündeln und wichtige Reformen umsetzen. Als

ZUR PERSON

Doris Wagner hat mit 3. Mai die **Leitung der Sektion I – Allgemeinbildung und Berufsbildung** im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung übernommen. Zuvor war sie in der **Privatwirtschaft**, als **Lehrerin** an der Landesberufsschule St. Pölten, als **Schulleiterin** und in der **Schulaufsicht** tätig. Zuletzt leitete sie den Bereich **Pädagogischer Dienst** in der Bildungsdirektion Niederösterreich. Zudem absolvierte sie zahlreiche Auslandsaufenthalte.



Gemeinsames Ziel.

Doris Wagner sucht die Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden – schließlich gehe es um die Zukunft der Kinder, betont sie.





Leiterin des Bereichs Pädagogischer Dienst in der Bildungsdirektion habe ich die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium immer als sehr wertvoll und gut wahrgenommen. Und jetzt sind die Bildungsdirektionen als Bund-Land-Behörden ein wertvoller Partner beim Umsetzen von Reformprozessen, denn sie sind sehr nahe am Geschehen und bei großen und kleinen Vorhaben eine wichtige Stütze.

Ein besonders anschauliches Beispiel für die unterschiedlichen Kompetenzen ist die Elementarpädagogik, die ja auch zu Ihrer Sektion, aber natürlich auch in die Länder und Gemeinden gehört. Gerade in der Pandemie hat es sich wegen des Kompetenzproblems oft so angefühlt, als wäre niemand zuständig.

Man kann das als Problem, aber auch als Herausforderung sehen. Und ich sage noch einmal: Die Kompetenzbereiche liegen nun einmal so, wie sie sind. Im Ministerium sind wir für die Ausbildung der Elementarpädagoginnen und -pädagogen zuständig. Wir haben hier gute Elemente in den Lehrplan einfließen lassen, zum Beispiel die frühe sprachliche Förderung. Und wir achten natürlich auch darauf, dass genügend Personal verfügbar ist, indem wir bei Bedarf die Plätze in den Bildungsanstalten für

Bildung der Zukunft. In den nächsten 30 Jahren werden hybride Lernformen wohl an Bedeutung gewinnen, sagt Wagner.

Elementarpädagogik ausweiten. Wir unterstützen die Bundesländer hier gezielt, wir gehen in einen guten Dialog mit ihnen.

Österreich gilt im internationalen Vergleich als Vorbild bei der Berufsbildung – auch diese ressortiert in Ihrer Sektion. Welche Herausforderungen sehen Sie in diesem Bereich?

In der Berufsbildung ist Österreich europaweit ein Vorzeigemodell. Berufliche Qualifikationen sind heute wichtiger denn je. Um den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden und am Puls der Zeit zu sein, werden beispielsweise die Lehrpläne in der Berufsbildung laufend angepasst. An der Berufsschule habe ich immer geschätzt, dass die Bandbreite der Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Klasse sehr groß ist – von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen bis hin zu Personen, die ein Studium abgeschlossen haben.

„Ich habe eine sehr schöne Aufgabe. Ich kann mich auf mein Team verlassen, und es herrscht ein gemeinsamer Spirit der Pädagogik.“

DIE UNTERSCHÄTZTE MACHT DER NISCHE

Wir leben in „Bubbles“ und fokussieren, ob bewusst oder unbewusst, auf das, was unser Leben just dominiert. Digital bewegen wir uns fast immer.

Print? Es wird nur in der Masse bald ausgedient haben.



Zeit. Zeit zum Lesen. In Ihrem Magazin ist jede Zeile lesenswert, jede Seite wirkt auf Sie wie ein einzigartiges Kunstwerk.

Die Essenz jeglicher Art von Inhalten liegt in der Emotion, Content muss die Leserin und den Leser berühren. Denn Lesezeit ist auch Lebenszeit. Arbeiten Sie an Ihrem (Unternehmens-)WARUM, finden Sie Ihre Nische und erkunden Sie diese genau. Tauschen Sie sich mit Ihrer Zielgruppe aus – vor allem auch auf Papier! Das hinterlässt fühlbaren Eindruck, nachhaltig.

FUNDIERT. RELEVANT. WIRKSAM.

Sie wollen mehr wissen? Sie wollen ein Magazin, einen Blog oder einen Podcast realisieren?

Die **Content Agentur Austria** ist dafür die richtige Ansprechpartnerin. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten unterstützen Ihre Behörde oder Ihr Unternehmen nicht nur darin, komplexe rechtliche oder technische Inhalte verständlich aufzubereiten. Wir entwerfen auch maßgeschneiderte **Content-Lösungen** für Magazine, Reports, Blogs, Podcasts oder Newsletter und setzen diese in hoher Qualität um. Zu unseren Kundinnen und Kunden zählen öffentliche Einrichtungen genauso wie Player aus der Privatwirtschaft. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme unter:

www.contentagenturaustria.at
oder



Bereit, ein Kundenmagazin zu beauftragen oder selbst in Angriff zu nehmen? Dann sind Sie sich bestimmt schon im Klaren darüber, warum Ihnen – abgesehen von finanziellen Gründen – die von Ihnen angebotenen Güter oder Dienstleistungen wichtig sind.

Nehmen wir an, Sie verkaufen bequeme Kleidung für den Büroalltag. Und das, weil Sie selbst diesen Kleidungsstil bevorzugen. Sie sind vollends überzeugt von Ihrem Produkt. So überzeugt, dass in Ihnen ein positives Gefühl aufkommt, wenn Sie auch nur kurz daran denken.

Kernzielgruppe definieren

Möchten Sie mit Ihrem Produkt vorwiegend Berufstätige ab 40 Jahren ansprechen? Eltern, die am späten Nachmittag mit ihren Kindern auf dem Spielplatz toben? Schon haben Sie Ihre Kernzielgruppe gefunden.

Schnittmenge festlegen

Definieren Sie die Interessen Ihrer Zielgruppe – damit sind Sie möglichen Co-verstors für Ihr Magazin schon sehr nahe. Themen, die Sie – neben Ihrer Kollektion – behandeln könnten: „Beruflich weiterbilden oder eine komplett neue Richtung einschlagen?“, „Ersparnis veranlagen oder ausgeben?“, „Jetzt schon zur Vorsorgeuntersuchung oder lieber doch noch warten?“ und vieles mehr.

Magazin umsetzen

Investieren Sie nur in ein Kundenmagazin, das auch Sie selbst anspricht. Eines, in dem Sie selbst gerne blättern. Stellen Sie sich vor, Sie setzen sich nach einem langen Winterspaziergang in einen bequemen Armsessel. Der offene Kamin vor Ihnen wärmt Ihre kalten Füße, auf dem Beistelltisch stehen frischer Tee und ein Teller mit ofenwarmen Keksen. Sie haben

contentagenturaustria

Eine Agentur der Wiener Zeitung Mediengruppe

Und sie haben alle eines gemeinsam: Sie möchten einen Beruf erlernen und die damit verbundenen Qualifikationen erwerben. Egal ob Fachkraft oder Maturantin oder Maturant, gesellschaftlich ist es wichtig, dass wir allen Absolventinnen und Absolventen Respekt zollen. Erziehungsberechtigte sollten die Kinder darin bestärken, ihren Neigungen, Interessen und Begabungen nachzugehen – unabhängig davon, ob dieser Weg Richtung Lehre führt, Richtung AHS, BMHS oder Richtung Universität. Hier ist auch das Schulsystem sehr gefragt, bei der Bildungs- und Berufsorientierung noch besser darauf zu fokussieren, wo die Begabungen der Schülerinnen und Schüler wirklich liegen. Wir können auch die Drop-out-Rate senken, wenn Schülerinnen und Schüler in der für sie passenden Schule sitzen.

Ihre Sektion ist auch für die Allgemeinbildung zuständig. Immer wieder werden Stimmen laut, dass in den Schulen eigentlich der Fokus verschoben werden sollte – weg von sturem Fachwissen hin zu Lebenskompetenzen: Gesundheit, Neue Medien, Wirtschaft. Was ist Allgemeinbildung für Sie?

Es ist wichtig, dass wir uns immer wieder fragen, was die zukünftigen Anforderungen an die jungen Menschen sind, welches Fachwissen und welche zusätzlichen Fähigkeiten sie benötigen. Wir gestalten momentan die Lehrpläne für die Primarstufe und die Sekundarstufe I neu. Heute geborene Kinder werden in Berufen arbeiten, die es jetzt noch gar nicht gibt. Welches Wissen benötigen sie also, um ein stabiles Fundament für ihr Leben zu haben? Einerseits brauchen junge Menschen ein gewisses grundlegendes Fachwissen, andererseits aber auch ein ganzes Set an sozialen und persönlichen Skills, wie Kommunikation, Kollaboration, kritisches Denken und Kreativität. Daran wer-

„Junge Menschen brauchen Fachwissen, aber auch soziale und persönliche Skills wie Kommunikation, Kollaboration, kritisches Denken und Kreativität.“

3 FRAGEN, 3 ANTWORTEN

Welches Ereignis ist Ihnen aus Ihrer eigenen Schulzeit am lebendigsten in Erinnerung geblieben?

Es gibt immer Pädagoginnen und Pädagogen aus der eigenen Schulzeit, an die man gerne denkt. In der HAK hatte ich einen sehr engagierten Englisch-Lehrer. Er ist viel gereist und hat seine persönlichen Erlebnisse auch immer in den Unterricht eingebaut. Das hat mir die Liebe zum Reisen und zur Sprache gebracht.

Wie wichtig sind Auslandsaufenthalte?

Ich habe einige Zeit in den Vereinigten Staaten gelebt und auch in England studiert – es ist für mich ganz wesentlich, über den Tellerrand zu blicken. Diese Erlebnisse prägen sehr und ich kann die Erfahrungen auch in meiner jetzigen Position sehr gut nutzen.

Was lesen Sie, wenn Sie nicht Fachliteratur lesen?

Ich lese derzeit zwei Bücher: „Das neue Land“ von Verena Pausder und „A Promised Land“ von Barack Obama.

den sich die Lehrpläne orientieren. Wir werden sie 2022 veröffentlichen, mit dem Schuljahr 2023/24 sollen sie im Klassenzimmer ankommen.

Neue Lehrpläne kann man auch als Antwort auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen verstehen – zum Beispiel Digitalisierung oder Migration. Wie könnte das Lehrpersonal besser für diese Entwicklungen gerüstet werden?

Gleich vorne weg: Lehrerin zu sein ist der schönste Beruf der Welt, denn man ist immer am Puls der Zeit. Aber es ist auch ein sehr herausfordernder Beruf, denn durch die raschen Veränderungen muss man sich als Person kontinuierlich weiterentwickeln. Was hilft dabei? Sehr viel Eigenmotivation. Und das haben Pädagoginnen und Pädagogen zu einem sehr hohen Ausmaß. Außerdem ist die Unterstützung durch Fort- und Weiterbildungen an den Pädagogischen Hochschulen besonders wichtig. Ein Beispiel für die Agilität der Lehre möchte ich noch nennen: Im Zuge der Pandemie mussten wir von einem Tag auf den anderen von Präsenzunterricht auf Distance Learning umsteigen. Ich glaube, man kann wirklich mit Stolz sagen, dass es sehr gut gelungen ist, so eine große Organisation so rasch in eine völlig neue Dimension zu bringen. Und das macht das Leben auch spannend: Wenn Sie heute in die Klasse gehen, haben Sie andere Voraussetzungen als gestern.

Sie haben die Pandemie angesprochen: Testungen, Quarantäne und Homeschooling bringen viele Menschen gerade im Bildungssektor an den Rand ihrer Belastbarkeit oder darüber hinaus. Welche Lehren kann das Schulsystem aus der Krise ziehen?

Wenn man Lehren aus der Pandemie ziehen möchte, darf man die Schulen nicht isoliert betrachten, Schule ist ein Teil der Gesellschaft. Ja, die Pandemie hat das Schulsystem vor Herausforderungen gestellt. Aber wenn man jetzt zurückblickt, glaube ich, dass wir zum richtigen Zeitpunkt richtig gehandelt haben. Minister Faßmann hat Entscheidungen immer unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Daten und Fakten getroffen, sich eng mit dem Gesundheitsressort abgestimmt und dann die für den jeweiligen Zeitpunkt entsprechenden Maßnahmen gesetzt. Wir haben das neue Schuljahr fast normal gestartet. Der Preis für den Präsenzunterricht ist ein engmaschiges Hygi-



ene- und Sicherheitskonzept. Die vielen Testungen sind eine logistische Meisterleistung, gleichzeitig liefern wir damit auch einen gesellschaftlichen Beitrag. Wenn wir in der Schule positive Fälle entdecken, dann hat das auch Auswirkungen auf Familienmitglieder – wir leisten also insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie.

Trotzdem gab es gerade zu Schulbeginn ziemlich viel Kritik: Es hat oft so gewirkt, als hätte das Ministerium im Sommer nicht daran gedacht, dass die Pandemie im Herbst noch da sein wird.

Ich kann nur sagen – aber das werden Sie jetzt vielleicht auch erwarten –, dass wir uns sehr wohl gut vorbereitet haben. Wir haben Mitte August alle Informationen kommuniziert. Man musste dafür natürlich einen Zeitpunkt wählen, zu dem schon abschätzbar war, wie es im Herbst sein wird. Es hat keinen Sinn, Anfang Juli eine Pressekonferenz zu geben, und Anfang September sind die Konditionen ganz andere. In den ersten Tagen musste vielleicht da und dort nachjustiert werden, aber das ist in jedem Großbetrieb so. Ich würde unsere Organisation mit einem großen Schiff vergleichen, das aus meiner Sicht sehr stabil fährt.

Logistische Meisterleistung. Mit den häufigen Testungen in den Schulen leistet das Bildungssystem auch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie.



Geballtes Wissen. Sämtliche Informationen über das österreichische Bildungswesen finden sich auf der Website des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. www.bmbwf.gv.at

Wenn wir bei diesem Bild bleiben: Stabilität kann auch dazu führen, dass Veränderungen nur träge vonstattengehen. Was würden Sie sagen: Wohin steuert das Schulsystem in den nächsten 30 Jahren?

Stabilität ist im Bildungssystem immer wichtig. Trotzdem hat das große Schiff auch Segeln, die immer wieder gesetzt werden, um innovatives Potenzial auszunutzen. Das fachliche Fundament – also den Schülerinnen und Schülern Grundkompetenzen mitzugeben –, das wird in 30 Jahren auch noch so sein wie heute. Aber ich glaube, dass soziale Kompetenzen und die Auseinandersetzung mit sich selbst noch wichtiger werden: Kollaboration, Selbstpräsentation, kritische Reflexion. Und das forschende, entdeckende Lernen wird noch mehr in den Mittelpunkt rücken. Ich glaube auch, dass wir hybride Lernformen haben werden: Vielleicht wird es Tage geben, an denen Schülerinnen und Schüler einer Klasse von zu Hause aus per Videokonferenz oder Ähnlichem den Unterricht erleben. Außerdem wird die Individualisierung viel wichtiger werden – es wird für die Bedürfnisse der Kinder maßgeschneiderte Lernprogramme geben. Also: Die Basics bleiben, es kommen aber neue Kompetenzen dazu.

Das österreichische Schulsystem in Zahlen

Der Anteil mittlerer und höherer Abschlüsse hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Die öffentlichen Bildungsausgaben steigen zwar, doch Österreich liegt hier im EU-Mittelfeld.

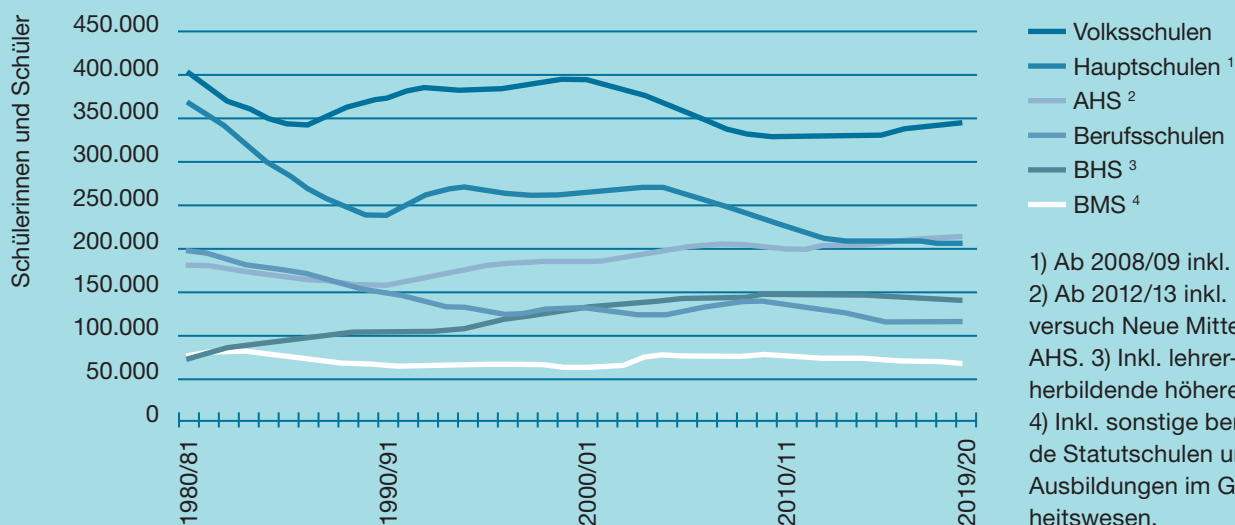
Im Schuljahr 2019/20 waren an Österreichs Schulen insgesamt **1.135.519 Schülerinnen und Schüler** eingeschrieben. Während die Besuchszahlen in der Primarstufe und der Sekundarstufe I wegen des Geburtenrückganges ab Mitte der 1990er Jahre sanken, verzeichnet die Primarstufe neuerdings – bedingt durch die Wanderungsbewegungen von 2015 bis 2017 – wieder mehr Schülerinnen und Schüler. An österreichischen **Volksschulen** wurden

im Jahr 2019/20 insgesamt **344.282 Kinder** unterrichtet.

In den **Neuen Mittelschulen (NMS)** ging die Besuchszahl mit **206.336** im Vorjahresvergleich etwas zurück, in der **AHS-Unterstufe** hingegen war sie mit **121.319 Schülerinnen und Schülern** so hoch wie noch nie.

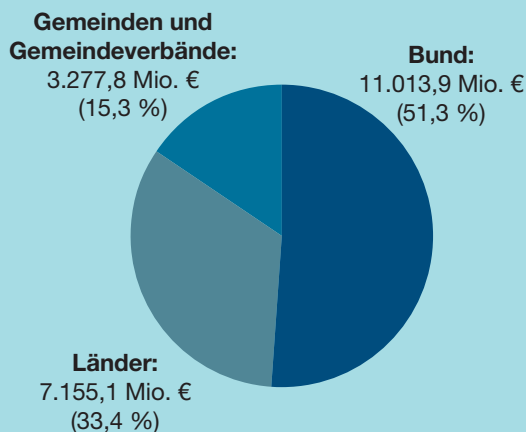
In **berufsbildenden höheren Schulen** waren **141.168 Schülerinnen und Schüler** eingeschrieben, das sind um 4,3 Prozent weniger als noch vor zehn

Jahren. Auch **kaufmännische höhere Schulen** (**36.611**; - 15,6 % gegenüber 2009/10) sowie **wirtschaftsberufliche höhere Schulen** (**26.149**; - 8,5 %) zeigten sinkende Besuchszahlen. In Bildungsanstalten für **Elementar- beziehungsweise Sozialpädagogik** stiegen diese dagegen im Zehnjahresvergleich deutlich an (**12.869**; + 29,9 %). Die **AHS-Oberstufe** verzeichnete mit **92.549 Schülerinnen und Schülern** ein Plus von 5,3 %.

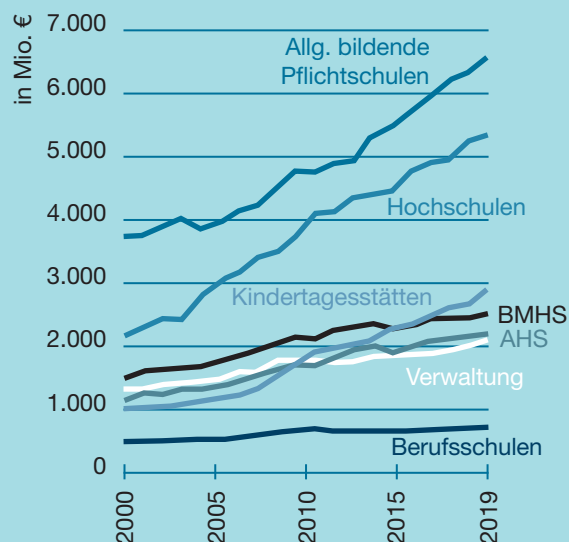


1) Ab 2008/09 inkl. NMS.
2) Ab 2012/13 inkl. Modellversuch Neue Mittelschule an AHS. 3) Inkl. lehrer- und erzieherbildende höhere Schulen.
4) Inkl. sonstige berufsbildende Statutschulen und mittlere Ausbildungen im Gesundheitswesen.

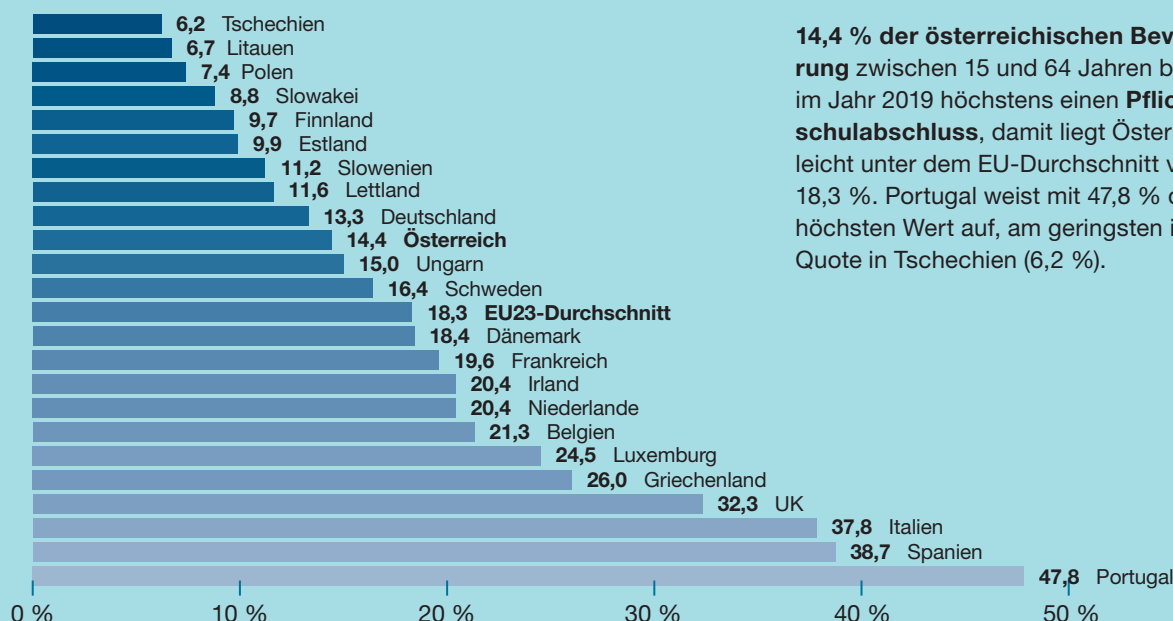
ÖFFENTLICHE BILDUNGSAUSGABEN IN ÖSTERREICH



Die öffentlichen Bildungsausgaben beliefen sich im Jahr 2019 auf **21,4 Milliarden Euro**. Mit **4,8 % des BIP** lag Österreich laut OECD-Bericht im Jahr 2017 etwas über dem EU-Durchschnitt (4,5 %). Der **Personalaufwand** schlug mit rund **13 Milliarden Euro** zu Buche. Seit 1990/91 stieg die Zahl der **Lehrpersonen** von etwa 112.700 auf rund **128.900** im Jahr 2019/20 an. Am meisten Geld (6,3 Milliarden Euro) gibt die öffentliche Hand für **allgemeinbildende Pflichtschulen** aus.



BILDUNGSKARRIEREN



14,4 % der österreichischen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren besaßen im Jahr 2019 höchstens einen **Pflichtschulabschluss**, damit liegt Österreich leicht unter dem EU-Durchschnitt von 18,3 %. Portugal weist mit 47,8 % den höchsten Wert auf, am geringsten ist die Quote in Tschechien (6,2 %).

BILDUNGSERWARTUNG

Einer der Bildungsindikatoren der OECD ist die **durchschnittliche Bildungserwartung der 15- bis 29-Jährigen**, also die erwartete Verweildauer dieser Gruppe im Bildungssystem. Im europäischen Vergleich fällt der **österreichische Wert mit 6,8 Jahren** eher gering aus. Am **höchsten** war die durchschnittliche Bildungserwartung 2019 in **Luxemburg** (8,5 Jahre), am **niedrigsten** in **Großbritannien** (5,4 Jahre) und **Ungarn** (6,3 Jahre). Der **EU-Schnitt** liegt bei 7,4 Jahren.

ÖFFENTLICHE SCHULEN IN ÖSTERREICH (SCHULJAHR 2019/20)

Volksschulen 2.897
Neue Mittelschulen 1.054
Sonderschulen 270
Polytechnische Schulen 230
AHS 270
Berufsschulen 137
BMHS 337
Bundessportakademien 4
Schulen im Gesundheitswesen 240

BILDUNGSNIVEAU UND ARBEITSMARKT

Der Bevölkerungsanteil mit Abschluss einer mittleren oder höheren Schule ist seit 1981 von 18,4 % auf 30,3 % gestiegen. Die Hochschul- oder Akademieabschlüsse haben sich im gleichen Zeitraum vervierfacht (von 4,5 % auf 18,1 %).

18,1
Prozent

der Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren haben einen Hochschul- oder Akademieabschluss.

17,5
Prozent

der 25- bis 34-Jährigen ohne weiterführenden Schulabschluss sind arbeitslos, aber nur 3,7 Prozent der 25- bis 34-Jährigen mit Hochschul- oder Akademieabschluss.

Rund
2.200
Euro

brutto beträgt das Median-Einkommen 18 Monate nach dem Abschluss einer Lehre.

Das Ende der Abrissbirne

Die **Bauwirtschaft** produziert mehr Abfall als jede andere Branche. Gleichzeitig ist auch die Recyclingquote sehr hoch. Wie Gebäude beim Abriss als urbane Minen genutzt werden können, warum nachhaltiges Bauen sinnvoll ist und was die öffentliche Hand dazu beitragen kann.

Buntglas zu Buntglas. Karton zu Karton. Metall zu Metall. Wie das Recycling des privaten Haushaltsmülls funktioniert, wissen die meisten Österreicherinnen und Österreicher – immerhin werden 58 Prozent der heimischen Siedlungsabfälle wiederverwertet oder kompostiert. Allerdings macht der Hausmüll nur einen kleinen Teil des gesamten Abfallaufkommens aus: Im Jahr 2019 waren lediglich 6,3 Prozent des Mülls in Österreich Siedlungsabfälle, ein weitaus größerer Anteil (16,1 Prozent) entstand durch Bau- und Abbrucharbeiten.

Zum besseren Verständnis: 11,5 Millionen Tonnen waren 2019 mineralische Bau- und Abbruchabfälle, also beispielsweise Bauschutt, Beton-, Schotter- oder Asphaltabbruch – das sind 1.296 Kilogramm pro Österreicherin und Österreicher. Dazu kommen noch andere Bauabfälle wie Holz, Verpackungen, Asbest und ähnliche Stoffe. Doch statt unfassbaren Abfallbergen sehen Fachleute darin ein anthropogenes – also von Menschen angelegtes – Lager. Die Elemente, die in alten Gebäuden verbaut sind, können beim Abriss zwar nur zu einem kleinen Teil eins zu eins wiederverwendet werden (Re-Use). Meistens werden sie jedoch wiederverwertet (Recycling) und in anderen Bereichen des Bausektors eingesetzt. Insgesamt liegt die Recyclingquote in der Bauwirtschaft bei 93 Prozent, das EU-Ziel von 70 Prozent wird damit übererfüllt.

Wie Urban Mining, also die Nutzung des anthropogenen Lagers als Rohstoffmine, im Detail funktioniert, sieht man etwa am Wiener Ferry-Dusika-Stadion. Das in die Jahre gekommene Radstadion im zweiten Bezirk soll einer modernen Sportarena und einem Busbahnhof weichen. Doch statt mit der Abriss-

birne wird dabei mit der Feile vorgegangen: Im Auftrag der Stadt Wien hat das Social-Urban-Mining-Projekt BauKarussell (siehe Kasten) nicht nur Schad- und Störstoffe wie PVC-Böden, sondern auch Wertstoffe aus dem Stadion ausgebaut. Beispielsweise wurden 1.000 Zuschauerstühle an private und öffentliche Stellen verkauft, wo sie in ihrer ursprünglichen Form zum Einsatz kommen.

Schad- und Störstoffe entfernen

Dass ein Gebäude nicht einfach abgerissen werden darf, sondern vorher auf den Rohbau zurückgeführt werden muss, ist seit 2016 in der Recycling-Baustoffverordnung festgelegt. Demnach muss bei Abbrucharbeiten, die mehr als 750 Tonnen Bau- und Abbruchabfälle verursachen, ein Rückbau durchgeführt werden. Zunächst ist dafür eine Schad- und Störstofferkundung notwendig, wie der Architekt und Ziviltechniker Thomas Romm erläutert: Störstoffe sind zwar nicht gefährlich, können aber beim Recycling hinderlich sein. Mit Holz verunreinigter Ziegelsplitt kann etwa nicht wiederverwendet werden und landet auf der Deponie. Schadstoffe wie Leuchtstoffröhren oder künstliche Mineralfasern stellen hingegen ein Umwelt- oder Gesundheitsrisiko dar. Beispielsweise darf Asbest erst seit 1990 nicht mehr verbaut werden – in vielen älteren Gebäuden finden sich daher noch diese lungengängigen, krebserregenden Fasern. Auch Mineralwolle oder bestimmte Dämmstoffplatten müssen gesondert entsorgt werden.

Sind die Gefahrenstoffe einmal entfernt, wird das Gebäude ausgeschlachtet. Re-Use ist dabei selten, da der Ausbau und Wiederverkauf von bestimmten Bauteilen aufwendig und

„Wir dürfen nicht Schuldenberge für künftige Generationen anhäufen – zum Beispiel, was die Entsorgungskosten betrifft.“

Thomas Romm, Architekt und Gründer von BauKarussell

Abriss verboten. Gebäude dürfen in Österreich nicht einfach abgerissen werden, zuerst müssen Schad- und Störstoffe entfernt und das Gebäude auf den Rohbau zurückgeführt werden.





teuer ist. Manchmal werden aber Steinböden, besonders schön gestempelte Ziegelsteine oder eben Zuschauerstühle verkauft. „Wir können die Teile erst ausbauen, wenn wir schon eine konkrete Bestellung haben“, sagt Romm, der Gründer von BauKarussell. Denn ein Re-Use-Lager zu errichten wäre derzeit noch unwirtschaftlich. „Re-Use ist ein Nischenbereich, der im gesamten Bausektor weniger als ein

Stein für Stein. Auf dem Gelände der ehemaligen Wien-Energie-Zentrale im neunten Wiener Gemeindebezirk wird der neue Med-Uni Campus errichtet. Zuvor wurden Bauteile in mühevoller Kleinarbeit für die Wiederverwendung entfernt.

Prozent ausmacht“, sagt auch Johann Fellner vom Institut für Wassergüte und Ressourcenmanagement an der TU Wien. Wesentlich erfolgversprechender ist es da, die Rohstoffe aus der urbanen Mine zu verwerten: Metall wird „zu einem hohen Grad recycelt“, sagt Fellner. Stahlbeton wird gebrochen und der darin enthaltene Stahl wiederverwertet. Ziegel werden „aufgemahlen“ und als Tennissand, als Unterlage zur Dachbegrünung oder als Basis für Zement eingesetzt. Auch der Mörtel zwischen den Ziegeln kann recycelt werden. Anders verhält es sich mit dem Putz: Betonabbruch wird oft als Schüttmaterial im Straßenbau eingesetzt. Putz enthält aber zum Teil Gips – „und Gips beginnt zu quellen, wenn er mit viel Wasser in Berührung kommt – dann ist die Straße kaputt, wenn das Recyclingmaterial als Schüttmaterial verwendet wird“, wie Fellner erklärt.

Bau- und Abbruchabfälle lassen sich also auch dann nicht vollständig recyceln, wenn die Schad- und Störstoffe bereits entfernt wurden. Gleichzeitig braucht die Bauwirtschaft mit rund 30 Millionen Tonnen jährlich dreimal mehr Rohstoffe, als die mineralischen Abbruchabfälle ausmachen. „Selbst wenn ich alles recycle, kann ich also nur ein Drittel der benötigten Rohstoffe durch wiederverwertetes Material ersetzen“, resümiert Fellner.

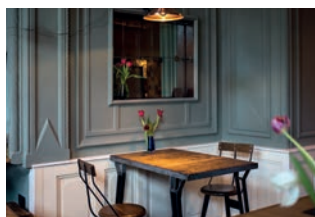
BAUKARUSSELL

BauKarussell ist der erste Anbieter am österreichischen Markt für **Social Urban Mining** im Rahmen des verwertungsorientierten Rückbaus. Die an **BauKarussell** beteiligten Organisationen sind der Bauplaner Architekt Thomas Romm, die **pulswerk GmbH** (das Beratungsunternehmen des Österreichischen Ökologie-Institutes), **RepaNet** (die Interessenvertretung der vorwiegend sozialwirtschaftlichen Re-Use-Betriebe Österreichs) sowie die beiden sozialwirtschaftlichen Betriebe **Job-TransFair gemeinnützige GmbH** (Wien) und das **Demontage- und Recyclingzentrum DRZ der Wiener Volkshochschulen GmbH**. Neben einem Impuls für die **Kreislaufwirtschaft** ist das Ziel der Initiative, Menschen eine sinnstiftende Beschäftigung zu geben. Im **Ferry-Dusika-Stadion** wurden im Sommer 2021 in 3.300 Stunden sozialwirtschaftlicher Tätigkeit 80 Tonnen Material bearbeitet. www.baukarussell.at

Offene Nutzung einplanen

Um nachhaltig zu bauen, „muss man daher schon am Beginn der Wertschöpfungskette ansetzen“, erläutert Brigitte Karigl, Leiterin des Bereichs Kreislaufwirtschaft im Umweltbundesamt. Wichtig sei, schon bei der Bauplanung eine möglichst lange Nutzungsdauer vorzusehen. Auch Architekt Romm plädiert dafür, wieder mehr haltbare Materialien einzubauen, und fordert eine funktionsoffene Bauweise, sodass ein Wohnhaus später auch als Bürogebäude genutzt werden kann oder andersherum. Dazu gehört für Karigl auch die Anpassung an neue technologische Entwicklungen – einzelne Steuerelemente, etwa bei der Energieversorgung, müssen leicht austauschbar sein, neue Leitungen schnell eingezogen werden können. Bei der Neuerrichtung sei auch zu bedenken, „dass wir nicht Schuldenberge für künftige Generationen anhäufen – zum Beispiel, was die Entsorgungskosten betrifft“, sagt Thomas Romm.

Hier hat die öffentliche Hand in zweierlei Hinsicht eine besondere Verantwortung: Einerseits muss sie speziell auf die Kostenfrage achten,



Re-Use. Die Türen aus einem Abbruchhaus wurden im Wiener Café Dogenhof als Wandvertäfelungen einer neuen Bestimmung zugeführt.



Kreislaufwirtschaft. Informationen zu Re-Use und Recycling am Bau gibt es auf der Website des Umweltbundesamts, das vor kurzem eine Studie zu dem Thema durchgeführt hat. www.umweltbundesamt.at

sagt der Architekt – „schließlich geht hier um allgemeines Eigentum“. Andererseits kann sie bei der Vergabe von Bauaufträgen eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft einnehmen. Das geschieht zumindest teilweise schon: Laut dem österreichischen Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ist zum Beispiel bei Neubauten durch die öffentliche Hand ein Rückbau- und Verwertungskonzept zu erstellen. Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) unterzieht seit Anfang 2020 „jeden Neubau und jede Generalsanierung einer ökologischen Gesamtbewertung“, heißt es dort. Außerdem wurden zuletzt einige Re-Use- und Recyclingprojekte umgesetzt: Gemeinsam mit BauKarussell wurden auf der Baustelle des neuen MedUni Campus Mariannengasse in Wien 140 Tonnen Material ausgebaut. Beim Abbruch des ehemaligen Zollamts im dritten Bezirk, das den Triiiple-Türmen Platz gemacht hat, wurden 120.000 Tonnen Betonschutt recycelt – dazu war eine eigene mobile Recyclinganlage vor Ort. TU-Professor Fellner ist überzeugt: „Die öffentliche Hand hat hier einen großen Hebel in der Hand.“ Und die Abrissbirne ist passé.

hernstein

Wir verstehen Leadership

STÄRKEN SIE IHRE FÜHRUNGSKRAFT

Hernstein Trainings und Programme 2022: praxis- und zukunftsorientiert.



WWW.HERNSTEIN.AT



IN
PRÄSENZ
UND
ONLINE





DANGER
10,000
VOLTS

DANGER
10,000
VOLTS

KinoSaurier. Die neue Ausstellung des NHM zeigt einen Abriss der Dino-Filmgeschichte von den ersten Modellen des 19. Jahrhunderts bis zu den computeranimierten Exemplaren des modernen Kinos.

Geschichte mit Zukunft

Das **Naturhistorische Museum** (NHM) gehört zu den zehn meistbesuchten Touristenattraktionen in Wien. Aktuell lockt die Wechselausstellung „KinoSaurier. Fantasie & Forschung“ mit einem interdisziplinären Blick auf die urzeitlichen Riesenechsen.

Wissenschaftliche Forschung und Filmhistorie mögen auf den ersten Blick als gegensätzliche Pole erscheinen, gehen aber tatsächlich Hand in Hand bei der Erschaffung von Hollywood-Blockbustern. Wie sich der Blick von Wissenschaft und Filmindustrie im Laufe der Zeit verändert hat, und wie die beiden unterschiedlichen Zugangsweisen einander beeinflusst haben, wird in der Ausstellung „KinoSaurier“ im Naturhistorischen Museum Wien mit einer imposanten Sammlung von Fossilien, Modellen und Filmplakaten deutlich.

Katrin Vohland, seit Juni 2020 als Generaldirektorin und wissenschaftliche Geschäftsführerin für die Gesamtkoordination des Museums verantwortlich, nennt diese Interdisziplinarität als einen der Aspekte, die das Wiener Naturhistorische Museum von anderen im deutschsprachigen Raum abheben. „Die Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaft und anderen Disziplinen ist in Wien besonders ausgeprägt“, erklärt die Biologin, die die „KinoSaurier“-Ausstellung als Kooperation mit dem Landesmuseum Hannover nach Wien geholt hat.

Neu mit dabei und ein Herzstück der „KinoSaurier“ ist das frisch präparierte Skelett eines 210 Millionen Jahre alten Plateosaurus, das im Schweizer Kanton Aargau gefunden wurde und als Dauerleihgabe, aber in Einzelteilen nach Wien kam. 15.000 Arbeitsstunden waren nötig, um die Knochen aus dem Gestein freizulegen, sie zu präparieren und schließlich zusammenzusetzen. Gemeinsam mit seinen Artgenossen in Film und bildnerischer Kunst

„Die Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaft und anderen Disziplinen ist in Wien besonders ausgeprägt.“

**Katrin Vohland,
NHM-Generaldirektorin**

weckt der Plateosaurus nun Begeisterung und Forscherdrang bei kleinen und großen Besucherinnen und Besuchern.

Lange Geschichte

Das Naturhistorische Museum, erbaut von 1871 bis 1889 nach den Entwürfen von Gottfried Semper und Carl Freiherr von Hasenauer, war gemeinsam mit dem Kunsthistorischen Museum darauf ausgerichtet, mit zwei auf der anderen Seite der Ringstraße anzuschließenden neuen Trakten sowie der historischen Front der Hofburg ein monumentales Kaiserforum einzurahmen. Die Grundlage der umfangreichen Sammlungen bildeten die „Naturalien“, also Mineralien, Schnecken, Muscheln und Korallen, die Franz Stephan von Lothringen, Ehemann von Maria Theresia, erworben hatte. Die Gestaltung der Räume als „Evolutionsmuseum“ ist Ferdinand von Hochstetter, dem ersten Direktor des Hauses, zu verdanken, der ein Anhänger Charles Darwins war. Zusätzlich spiegeln sich die Arten, deren Evolution beim Durchschreiten erfahrbar wird, in der raumspezifischen Deckenmalerei. Hochstetter war es auch, der durch die Eingliederung der neu geschaffenen Anthropologisch-ethnographischen Abteilung erstmals den Menschen als Forschungsobjekt präsentierte.

Behutsame Entwicklung

Vom leicht verstaubten Image vergangener Jahrzehnte hat sich das altherwürdige Haus am Ring in vielen Bereichen längst gelöst, dennoch bleibt noch einiges zu tun.



Katrin Vohland, die vom Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung im Berliner Museum für Naturkunde nach Wien wechselte, zählt neben der Biodiversität auch „Citizen Science“ zu den Schwerpunkten ihrer bisherigen Arbeit, die sie auch in Wien einbringt. Ein weiteres Anliegen ist ihr die bessere Erschließung des umfangreichen Materials. „Wie viele Kolleginnen und Kollegen sehe auch ich die Notwendigkeit, die Sammlung stärker sichtbar zu machen, sowohl für die Forschungsgemeinschaft als auch für die Öffentlichkeit, zum Beispiel für pädagogische oder künstlerische Zwecke“, betont Vohland.

Dazu wird derzeit eine gemeinsame Sammlungsdatenbank erstellt, für die in einem parti-

Koordination. Katrin Vohland ist seit Juni 2020 Generaldirektorin des Naturhistorischen Museums Wien. Biodiversitäts- und Evolutionsforschung sind die Steckenpferde ihrer Arbeit.

„Es ist notwendig, die Sammlung stärker sichtbar zu machen, sowohl für die Forschungsgemeinschaft als auch für die Öffentlichkeit, zum Beispiel für pädagogische oder künstlerische Zwecke.“

Katrin Vohland, NHM-Generaldirektorin

zipativen Prozess sowohl der Stand der internationalen Forschung als auch die Bedürfnisse und Ideen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen werden. „Die biologische Taxonomie (die Untersuchung und Klassifizierung der Arten, Anm.) ist nicht das einzige Kriterium, nach dem die Sammlungen durchsucht werden können“, so Vohland. „Vieles hat auch einen Bezug zu aktuellen Themen. Etwa die Erkenntnis, welche Arten vom Klimawandel betroffen sind, oder die Rolle von Tieren bei der Ausbreitung von Krankheiten. Auch der Erwerbskontext der Objekte soll thematisiert werden.“

Die systematische Aufbereitung und Digitalisierung der 30 Millionen Objekte, von denen ein großer Teil in Archiven schlummert, benötigt allerdings Zeit und natürlich auch Geld. Neben den Einnahmen durch Eintritte und staatliche Mittel können auch europäische Kooperationen und Drittmittelprojekte zur Einnahmequelle werden.

Vielfältige Gegenwart

Heute haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Naturhistorischen Museums viele Aufgaben. Wissenschaft und Forschung sowie die Aufbereitung und Weitergabe des gesammelten Wissens mit Bezug auf aktuelle Themen stehen im Mittelpunkt. Dabei gilt es aber auch die Besonderhei-



ten des Museums zu bewahren. „Der Aufbau der Ausstellungsräume als Evolutionsmuseum war zum Entstehungszeitpunkt einmalig. Das möchte ich wieder deutlicher herausarbeiten“, betont Generaldirektorin Vohland. „Zusätzlich lassen sich in diesem vorhandenen Rahmen auch neue Aspekte einbringen, etwa der Einfluss des Klimawandels auf unterschiedliche Arten.“

Sichtbar gemacht wird die naturwissenschaftliche Forschung mittlerweile auch mit modernster Technik. Das „Deck 50“ im Obergeschoss des Naturhistorischen Museums lädt seit Anfang Oktober 2021 kleine und große „Citizen Scientists“ zum Mitmachen ein. In Zusammenarbeit mit dem Linzer Ars Electronica Future Lab entstand ein offenes, kommunikationsförderndes Ambiente, in dem die Zusammenhänge zwischen Forschung und Gesellschaft erlebbar gemacht werden. Neben der Bibliothek und einem kleinen Labor gibt es dort auch eine riesige LED-Videowand und einen Scantisch, mit dem selbst gezeichnete Tiere auf dem Bildschirm zum Leben erwachen.

Außer dem Museum am Ring gehören heute auch das Historische Salzbergwerk Hallstatt, das Nationalparkinstitut Donau-Auen und die Pathologisch-anatomische Sammlung im Narrenturm zum NHM. Die Sammlung im Narrenturm, der unter Kaiser Joseph II. als erste

psychiatrische Klinik Europas errichtet worden war, wurde im Zuge der Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes neu organisiert und bietet dem interessierten Laienpublikum einen Einblick in Krankheitsbilder sowie in die Entwicklung und Geschichte der Medizin.

Interdisziplinär weiterdenken

Kooperationen auf anderer Ebene zeigen, wie sich die Wissenschaft ganz zeitgemäß nützlich machen kann. So arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums etwa mit dem österreichischen Zoll zusammen, um verdächtige Produkte wie Lederhandtaschen bei der Einfuhr auf ihren Ursprung zu überprüfen. „Das ist ein wichtiger Beitrag zum Artenschutz. Zudem bemühen wir uns, die Problematik des menschlichen Raubbaus in den Ausstellungen sichtbar zu machen, um bei den Besucherinnen und Besuchern ein Bewusstsein dafür zu schaffen“, erklärt Vohland.

Die Mensch-Natur-Beziehung steht auch im Mittelpunkt der nächsten Sonderausstellung im Jahr 2022, die Brasilien zum Thema haben wird. Der Regenwald – seine Schönheit und seine enge Verbindung mit den Menschen – ist ein wichtiger Aspekt, aber auch internationale Beziehungen und der Handel werden dabei in einen anschaulichen Kontext gebracht.

Film-Monster. Regisseure erwecken die ausgestorbenen Dinosaurier auf der Leinwand immer wieder zu neuem Leben.



Auf einen Blick.

- Das NHM: 30 Millionen Objekte
- Besucherinnen und Besucher 2019: 841.869 (Pandemiejahr 2020: 294.006)
- 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- **Erbaut:** 1871–1889
- **Eröffnung:** 10. August 1889
- **Architekten:** Gottfried Semper und Carl von Hasenauer
- **Ausstellung „KinoSaurier“:** 20. Oktober 2021 – 18. April 2022
Donnerstag bis Montag 09:00–18:30 Uhr,
Mittwoch 09:00–21:00 Uhr
www.nhm-wien.ac.at

Transformation verstehen, Zukunft gestalten

Die Gesellschaft befindet sich im stetigen Wandel, die Coronavirus-Pandemie hat diese Transformation in vielen Bereichen beschleunigt.

Wie wird mobiles Arbeiten in einer **zukunftsorientierten Bundesverwaltung** aussehen? Und wie kann die Förderpraxis mit den Weiterentwicklungen im Kunst- und Kultursektor Schritt halten?

Zwei Projekte geben Antworten auf diese Fragen.



Kunst für die Gesundheit. Die Arbeit des Vereins Arts for Health Austria wird vom BMKÖS unterstützt. Der Verein bietet Kunst zur Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens an.

Zeitgemäße Förderungen für Kunst und Kultur

Die Covid-19-Krise hat viele Bereiche der Gesellschaft getroffen – auch den Kulturbetrieb. Der Fokus auf physisch anwesendes Publikum, die Dominanz klassischer Vertriebswege und der Mangel an Digitalisierung erwiesen sich als Schwachstellen. Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende hatten durch die Beschränkungen plötzlich viel Zeit. – Zeit, die laut Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) genutzt werden sollte,

„um über Adaptionen und Neuentwicklungen nachzudenken“. Denn schon länger haben sich zwar der Kunstbegriff sowie die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern etwa in temporären Arbeitsgemeinschaften weiterentwickelt, nicht jedoch die Förderpraxis, die immer noch auf herkömmliche Vereine abzielt, oder die Unterstützung durch Jurys. Der erstmals vom Ministerium durchgeführte „Innovationscall“ sollte neue Förderschwerpunkte für inter- und transdisziplinäre künstlerisch-wissenschaftliche Vorhaben sowie Kunst- und Kulturprojekte im Bereich Integration setzen.

Gefragt waren Projekte außerhalb der üblichen Förderpraxis des BMKÖS, und das Echo war enorm: Zwischen 31. März und 15. Mai 2021 wurden rund 6.000 Anträge eingereicht. „Die hohe Beteiligung war überraschend und hat gezeigt, dass großer Bedarf an solchen Förderinitiativen herrscht“, heißt es aus dem BMKÖS. Rund 80 Antragstellerinnen und Antragsteller wurden von der fünfköpfigen Jury eingeladen, konkrete Konzepte auszuarbeiten. Etwa ein Viertel von ihnen wird mit bis zu 100.000 Euro gefördert.

Ein ausgewähltes Projekt ist „D/arts“, das „diskriminierungssensible Diversitätsentwicklung für den Kulturbetrieb“ umsetzen will und nach Möglichkeiten sucht, das Spektrum demokratischer Spielräume zu erweitern. Dabei geht es um die Frage, wie Gesellschaft und Kunst in Vielfalt gedacht und gelebt werden können.

In dem Projekt „Kunst trifft Gesundheit“ des Vereins **ARTS for HEALTH AUSTRIA** können Künstlerinnen und Künstler neue Tätigkeitsfelder erschließen: Während in Österreich etwa die Einbindung von Sozialleistungen ins Gesundheitssystem bereits (probeweise) im Rahmen von Social Prescribing erfolgt, hat die Diskussion darüber im Kulturbereich erst begonnen. Das Projekt stellt nun die spannende kulturpolitische Frage, ob Kunst von Ärztinnen und Ärzten „verschrieben“ werden kann.



Homeoffice und mehr. Mit dem Projekt „Future of Work“ sucht das BMKÖS nach Lösungen für das hybride Arbeiten der Zukunft. Dabei spielen etwa Fragen nach der Gesundheit der Bediensteten und Aspekte der Personalführung eine Rolle.

Ob es noch einen weiteren Innovationscall geben wird, ist noch nicht entschieden. Die bisherigen Erfahrungen sollen jedenfalls in die Kunst- und Kulturstrategie der Bundesregierung einfließen.

Mobile Bundesverwaltung

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. So simpel diese Aussage ist, so komplex sind die Veränderungsprozesse, die auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukommen. Die Transformation der Arbeitsabläufe vollzieht sich in hohem Tempo, und neben dem technischen Fortschritt verändert sich auch, wie Menschen in Teams und Organisationen zusammenarbeiten. Ein weiterer An Schub für mobile Arbeitsformen war die Coronavirus-Pandemie, da Arbeitsprozesse in kürzester Zeit ins Homeoffice übertragen werden mussten – auch in der Bundesverwaltung. Eine besondere Herausforderung, war doch die bisherige Verwaltungskultur von einem starken Präsenzcharakter geprägt; außerdem wird hier mit vielen sensiblen Daten gearbeitet.

Und auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung – also der Ministerien – die Umstellung engagiert mitgetragen haben, war diese für viele ein Sprung ins kalte Wasser.

Das Projekt **„Future of Work – Hybrides Arbeiten in der österreichischen Bundesverwaltung“** hat zum Ziel, die Herausforderungen und Potenziale der Umstellung zu identifizieren. Die Planungsphase des Projekts der Abteilung III/C/9 – Strategisches Performance- und Innovationsmanagement des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) startete im Dezember 2020 und dauerte bis April 2021. Im Frühjahr und Sommer erstellten die wissenschaftlichen Partnerinnen und Partner ein Guidebook, in dem die zentralen Weichenstellungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse aufgelistet sind. Die Teilnehmenden erhielten Laptops, die auch als Tablet verwendet werden können, Anfang Oktober begann die Umsetzung der Reallabors. Das sind transdisziplinäre Experimentierräume, wo mit wissenschaftlicher Begleitung unter

realen Bedingungen mobil gearbeitet wird und sich Lernprozesse dokumentieren lassen.

Die Fragen, die sich im Zuge des mobilen Arbeitens ergeben haben, sind vielfältig: Wie können mobile Arbeitsformen organisiert werden? Welchen Einfluss haben diese auf die Produktivität? Wie steht es um das Verhältnis zwischen den rechtlichen Rahmenbedingungen und der praktischen Umsetzbarkeit? Wie wirken sich die neuen Arbeitsmodelle auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus? Und wie müssen Teams, die nicht stets am gleichen Ort arbeiten, geführt werden? Die Antworten auf diese Fragen werden im Rahmen eines Praxisleitfadens der Bundesverwaltung zur Verfügung gestellt. Dieser soll Gebietskörperschaften dabei helfen, richtige und effiziente Entscheidungen bei der Gestaltung ihrer Arbeitsmodelle zu treffen. Schon vor Abschluss des Projekts haben zahlreiche Ressorts und Institutionen Interesse an den Ergebnissen angemeldet.

Rückfragen zum Projekt „Future of Work“ können unter iii9@bmkoes.gv.at gestellt werden.

Sprechen Sie „Amtisch“?

Die Kritik am **österreichischen Amtsjargon** ist genauso alt wie dieser selbst. Dabei kommunizieren Behörden heute verständlicher als je zuvor. Gehört „Amtsdeutsch“ am Ende gar zu den sterbenden Sprachen?

In welcher Sprache sie mit den Behörden verkehrt, ist der österreichischen Bevölkerung gleichgültig“, kommentierte Karl Kraus im Jahr 1899 den damaligen Konflikt rund um die Zweisprachigkeit auf Ämtern in Böhmen und Mähren. „Sie versteht schließlich den Beamten auch dann nicht, wenn er angeblich ihre Muttersprache spricht.“

Allen Bonmots über die „Beamten-sprache“ ist ein langes Leben garantiert. Worauf der Sprachkritiker Kraus vor mehr als 120 Jahren abzielte, ist uns auch heute noch unmittelbar eingängig. Wir alle wissen, wie sich „Amtsdeutsch“ liest, wie sich Beamtenjargon anhört. Es sind die doppelt und dreifach verschachtelten Sätze, die sich geradezu gegen ihre Leserinnen und Leser sträuben. Es ist der schwerfällige Nominalstil und die Vorliebe für strenge Funktionsverbgefüge („zur Anwendung bringen“ statt anwenden), es sind die unnötig gestelzten Verben („darstellen“, „erlangen“) und die Tendenz zu Passivformen, es sind die ältlichen Adverbien („sohin“) und Prä-

positionen („seitens“). Dazu all die Abkürzungen und Fachausdrücke („Meistbotsverteilung“), die nur Eingeweihte verstehen können.

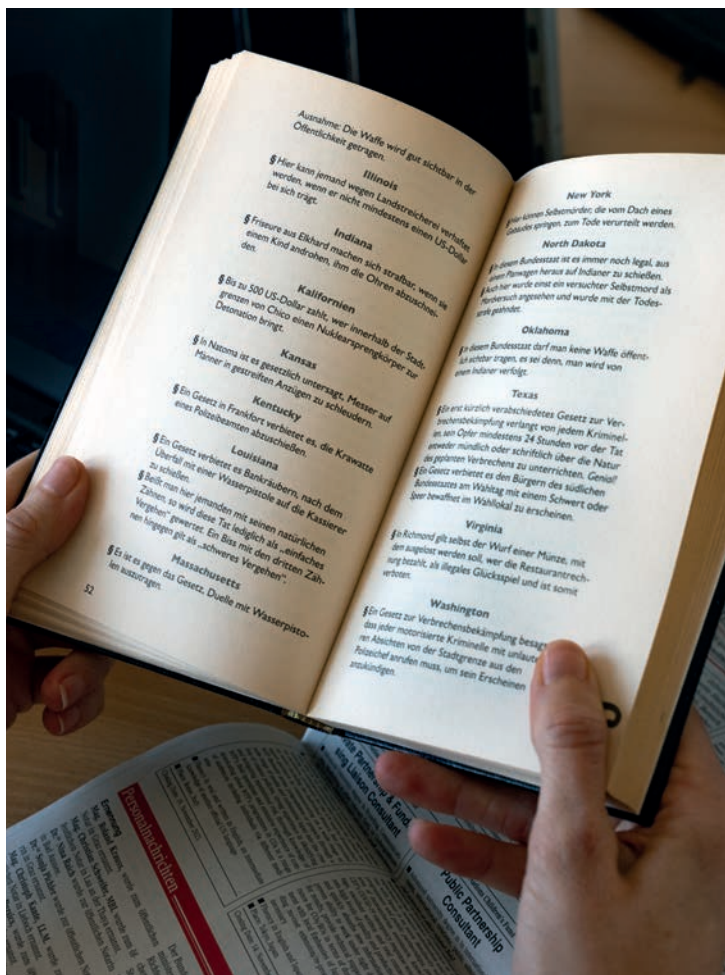
Aufgeklärte Schnörkelei

Doch wie ist sie eigentlich entstanden, die „Amtssprache“? Und wie hat sie sich im Lauf der Zeit gewandelt – am Ende vielleicht sogar zum Besseren? „Die Ursprünge des österreichischen Amtsdeutsch gehen auf die Sprachreform Maria Theresias im 18. Jahrhundert zurück, die die verschnörkelte Kanzleisprache Kaiser Maximilians I. reformieren wollte“, erklärt Manfred Glauning in „Die Republik“. Der an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften forschende und an der Universität Wien lehrende Germanist weist auf den heute leicht paradox anmutenden Umstand hin, dass der Wiener Hof sich damals ausgerechnet die sächsische – also die ostmitteldeutsche – Sprachnorm zum Vorbild nahm. Die „Aufklärung von oben“, die Maria Theresias Nachfolger

Joseph II. anstrebte, stützte sich auf Behörden, die sich in „klarer Sprache“ an die Bürgerinnen und Bürger richten sollten. An die Stelle des blumig ausschweifenden und oft ärgerlich unkonkreten Schreibstils früherer Jahrhunderte sollten trockene, absolute, in allen Teilen des Reiches verständliche Formulierungen treten – als Ausdruck einer unbestechlichen staatlichen Autorität.

So weit die Theorie. In der Praxis aber, sagt Glauning, stehe die Verwaltungssprache seither vor einem nicht zu lösenden Problem: „Sie muss sehr komplexe Abläufe beschreiben und widerspiegeln können. Sie muss dabei immer im Rahmen der Gesetze korrekt formulieren. Sie muss sich dazu zwangsläufig juristischer Fachbegriffe bedienen. Und: Sie muss sich theoretisch an alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger richten. All das zu erfüllen ist eine Quadratur des Kreises.“ Daraus müsse fast zwangsläufig dieser floskelhafte, oft unverständliche Ausdruck entstehen, den wir als für die Beamten-sprache so typisch empfinden.





Behörden-Sprache.

„Amtsdeutsch“ wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als unpersönlich und verschachtelt wahrgenommen. Für viele Menschen ist Verwaltungssprache damit völlig unverständlich.

AUSTRIAZISMEN

Einige Wörter, die kein deutsches Amt versteht

Österreichisch – Deutschländisch

Abfertigung – Abfindung

der Akt – die Akte

Drucksorte – Formular

Einlaufstelle – Annahmestelle

Einvernahme – Vernehmung

Kundmachung –

Bekanntmachung

Verlassenschaft –

Nachlass



Sprachkritik von innen

Auch der Germanist Peter Wiesinger hat in seinem Standardwerk „Das österreichische Deutsch“ darauf hingewiesen, dass „Unpersönlichkeit und Objektivierung“ wichtige Stilmerkmale einer präzise formulierenden Behördensprache seien.

TYPISCH KANZLEISTIL!

Einige deutsche Wörter, die es nur (mehr) in der Verwaltungssprache gibt

Kanzleistil – Umgangssprache

Pauschbetrag – Pauschale

Ruhegenuss – Pension

Anfall des Ruhegenusses –

Pensionseintritt

verhalten – veranlassen

einberichten – mitteilen

gleichhalten – gleichsetzen

unbeachtlich –

nicht zu berücksichtigen

anher – hierher

sohin – also



Trotzdem: Muss präzises Amtsdeutsch immer gleich unverständliches Kauderwelsch bedeuten? Gibt es nicht genug Raum zwischen Kanzlei und Boulevard, den Behörden ausloten könnten?

Auf jeden Fall, sagen mutige Juristinnen und Juristen, die sich dieser Langzeitaufgabe stellen. Sprachkritische Fachleute wie Robert Fucik oder Michael Rami halten sich und der Kollegenschaft mit der unterhaltsamen Kolumne „Sprache und Recht“ in der Österreichischen Juristen-Zeitung regelmäßig den Spiegel vor. Und das Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien veröffentlichte erst heuer den lesenswerten Leitfaden „Recht und Sprache in der Praxis“. Die Themen Bürgernähe und Verständlichkeit sind auf österreichischen Ämtern nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung neu in Mode gekommen. Noch nie kamen so viele Bürgerinnen und Bürger so bequem aufs Amt wie heute – mit der berechtigten Erwartung, den Staat auch zu verstehen, wenn er mit ihnen spricht.

Der Weg zur Einfachheit

In der Praxis geht es dabei aber weniger darum, mäandernde Gesetzestexte

in möglichst kurze und einfache Sätze umzupacken, als darum, mit digitalen Tools eine neue Erklär-Ebene einzufügen zwischen der Behörde und der Bevölkerung. Auf Serviceportalen wie finanzonline.at oder MeineSV.at beantworten Bots in einfacher Sprache Fragen der Besucherinnen und Besucher oder helfen beim Ausfüllen von Formularen. Die dahinterliegende Künstliche Intelligenz wird von Jahr zu Jahr „sprachgewandter“ und treffsicherer.

Manfred Glauninger beobachtet diese Entwicklung mit großem Interesse. Die (Stil-)Kritik an der Verwaltungssprache kann er – gerade mit Verweis auf die neuesten digitalen „Übersetzungstools“ – nur teilweise nachvollziehen. Vereinfachung, sagt Glauninger, sei nämlich in der Linguistik ein umstrittener Begriff, denn sie bedeute keineswegs immer auch Verbesserung. „Jeder Fachbegriff sagt ja etwas Bestimmtes aus, ist oft sehr klar abgegrenzt innerhalb seines Kontexts. Lösen wir alle vermeintlich unverständlichen Wörter auf, zahlen wir womöglich einen höheren Preis, als wir wollten – nämlich in Form von noch mehr erklärenden und umschreibenden Wörtern“, so Glauninger. „Das Gleiche gilt für die immer wieder kri-

tisierten ‚Schachtelsätze‘: Sie komprimieren Abläufe, das kann auch sehr hilfreich sein. Es ist oft verständlicher, als wenn man dieselben Abläufe auf mehrere kurze Sätze aufteilt.“

Soziolekt einer besonderen Gruppe

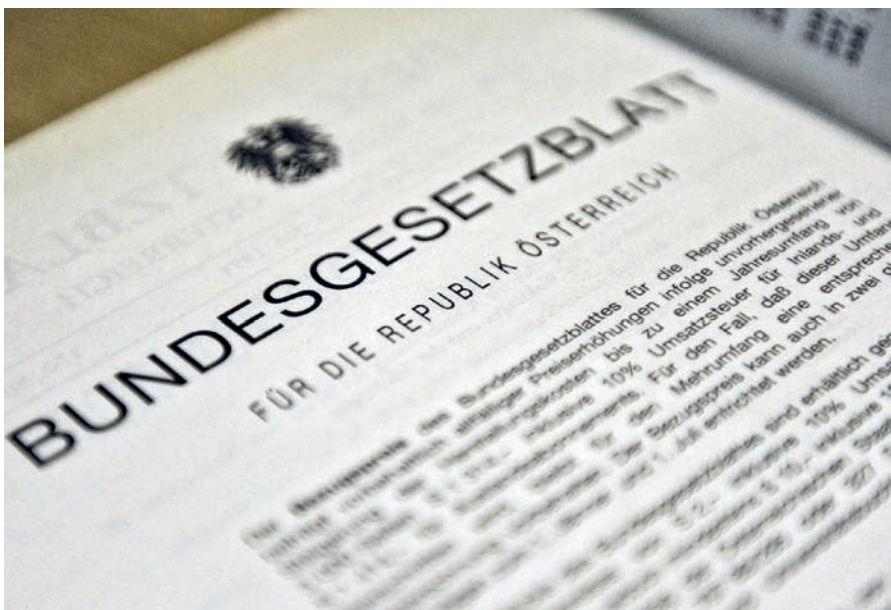
Die Beamtensprache besteht aber nicht nur aus besonderer Terminologie und Syntax. Die Menschen, die sie verwenden, drücken damit auch soziale Zugehörigkeit aus. Manfred Glauning: „Diese besondere Kanzleisprache des 18. und 19. Jahrhunderts gehörte zum Gesamtbild, zum Habitus des Staatsbeamten. Es war eine ganz besondere soziale Gruppe, eine dem Kaiser loyale Bastion in den turbulenten Zeiten der Revolutionen und des Nationalismus.“ Bis ins beginnende 20. Jahrhundert behielt die Beamtenschaft diese relativ starre soziale Formation. „Als höherer österreichischer Beamter verstand man sich als der gehobenen Mittelschicht zugehörig, man war mit bestimmten Privilegien ausgestattet und politisch konservativ eingestellt“, so Glauning. „Diesen Status brachte man auch mit einer bestimmten

Sprechweise zum Ausdruck, die der Kohäsion nach innen und der Abgrenzung nach außen diene.“ Dieses Bild entspreche aber schon lange nicht mehr der Realität – dazu seien die öffentlich Bediensteten heute eine viel zu heterogene Gruppe.

Der karikaturhafte Habitus des kaiserlichen Beamten habe sich – allem Sarkasmus zum Trotz – über die Jahrzehnte gehörig abgeschliffen, findet Glauning. „Den typischen ‚Jargon‘, der auch in die mündliche Kommunikation Floskeln wie ‚in eventu‘ oder Ähnliches einbaut, gibt es in österreichischen Ämtern so gut wie nicht mehr. Vielleicht noch in Wiener Ministerien auf höherer Beamtenebene – aber selbst da bin ich mir nicht sicher.“ Leider gebe es keine aktuelle soziolinguistische Erforschung des Beamtenjargons, bedauert Glauning: „Wie kommuniziert diese Gruppe heute untereinander? Welche Vorstellungen macht man sich überhaupt von ‚den Beamtinnen und Beamten‘? Und wie realistisch ist dieses Bild? Das sind alles sehr spannende Fragen, zu deren Beantwortung uns die Empirie noch fehlt.“

Umgangssprache „Amtisch“?

Amtsdeutsch ist schlussendlich auch nichts anderes als eine Fachsprache – so wie die Wissenschaftssprache, die Fliegersprache oder die Jägersprache. Mit dem großen Unterschied, dass Bürgerinnen und Bürger so oft mit ihr konfrontiert werden, dass wir irrtümlich annehmen, wir müssten sie und ihre Fachbegriffe beherrschen. Über diese erzwungene Sprachgewandtheit der Österreicherinnen und Österreicher darf man wohl geteilter Meinung sein. Sie hat einerseits zur Folge, dass auch Boulevardzeitungen ihren Leserinnen und Lesern allsommerlich die „verkehrsbeschränkenden Maßnahmen im niederrangigen Straßennetz im Bezirk Reutte“ im Originaltext zumuten können. Andererseits führt es aber auch zu genialen Neuschöpfungen wie „Corona-bedingt“. Erinnern wir uns: Es dauerte im März 2020 keine drei Tage, bis sich diese Ausgeburt österreichischer „Umgangs-Amtssprache“ im Alltag festgesetzt hatte. Am Ende zählt halt nur die Verständlichkeit. Diese Erkenntnis sollte seitens der Leserinnen und Leser in Evidenz gehalten werden.



Digitalisierung. Das Thema Verständlichkeit ist wichtiger denn je. Statt Gesetzestexte zu „übersetzen“, werden aber eher digitale Tools wie Erklär-Bots auf Serviceportalen eingesetzt.

BELIEBTE ABK.

- B – Beschluss
- BG – Bundesgesetz
- EZ – Einlagezahl
- GWD – Grundwehrdienst
- GZ – Geschäftszahl
- Idat – Inkrafttretensdatum
- idgF – in der geltenden Fassung
- iVm – in Verbindung mit
- LNR – Laufende Nummer
- MBL – Ministerialblatt
- ÖD – öffentlicher Dienst
- RH – Rechnungshof
- RV – Regierungsvorlage
- uzw – und zwar
- vH – vom Hundert
- WV – Wiederverlautbarung
- Z – Ziffer
- Zl. – Zahl
- zT – zum Teil



Aktuelles aus der Verwaltung: Einstiege, Aufstiege, Umstiege

In mehreren Ministerien kam es zu Personalrochaden, auch in der Stadt Wien wurden Umstrukturierungen vorgenommen. Die Plattform JustizOnline gewinnt zudem den eAward. **Eine Übersicht.**

Präsidium des BMKÖS neu aufgestellt



Die im oberösterreichischen Grieskirchen geborene **Eva Wildfellner** begann ihre Berufslaufbahn 2007 als Mitarbeiterin einer Rechtsabteilung im Gesundheitsministerium. Im Jänner 2020 wurde sie zur Generalsekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) ernannt, im April 2021 außerdem zur Leiterin der Sektion für Präsidialangelegenheiten.



Sonja Schneeweiss war nicht nur 20 Jahre in der Privatwirtschaft, sondern auch bereits im Finanzministerium, im Bundeskanzleramt sowie im Tourismusministerium in den Bereichen IT, Banken und Förderungen tätig. Seit Juni 2020 arbeitet sie im BMKÖS, im Juni 2021 übernahm sie dort die Leitung der Förderkontrolle für Sport und Kultur.



Auch **Jakob Prammer** war schon länger in Ministerien tätig, bevor er ins BMKÖS wechselte. Knapp neun Jahre war er zuvor im Finanzministerium mit der Budgetplanung betraut. Seit 2015 ist er Vortragender auf der Verwaltungsakademie des Bundes, seit April diesen Jahres zudem Abteilungsleiter für Budget und Wirkungsorientierung.



Forstdirektor koordiniert Klimaangelegenheiten

Damit Wien bis zum Jahr 2040 klimaneutral ist, strukturiert die Stadtregierung ihre Zuständigkeiten neu. Das Amt des Bereichsleiters für Klimaangelegenheiten (Magistratsabteilung 49 – Klima, Forst- und Landwirtschaftsbetrieb) übernimmt künftig Forstdirektor **Andreas Januskovecz**, der seit 1990 bei der MA 49 tätig ist. Schwerpunkte seiner neuen Aufgabe werden etwa die zukunftsorientierte Gesamtsteuerung der Klimaschutz-Agenden, der permanente Informationsaustausch mit Stakeholdern sowie thematische Analysen und Trendbeobachtungen sein.



BMDW: Palma übernimmt Sektion „Kulturelles Erbe“

Der seit 2005 im Bundesdienst stehende **Alexander Palma** folgte mit 1. Oktober 2021 Elisabeth Udolf-Strobl, der langjährigen Leiterin der Sektion V – Kulturelles Erbe im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, nach. Die Aufgabenbereiche der Sektion erstrecken sich vom Bauservice bis zur Verwaltung der bundeseigenen historischen Immobilien samt Mobiliar. Palmas Agenden umfassen dabei etwa die Burghauptmannschaft Österreich, die Bundesmobilienvverwaltung sowie die Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft und den Tiergarten.



Gerda Tuider leitet Personal- abteilung für Strafvollzug

Amtsdirktorin Regierungsrätin **Gerda Tuider** ist seit 1985 für die Justiz tätig, seit 1994 in der Zentralstelle des Bundesministeriums. Bereits während ihrer Tätigkeit in einem Personalreferat des OLG Wien sowie auf mehreren Posten im Vollzugswesen konnte sie sich ein umfassendes Wissen in sämtlichen Aufgabenbereichen der Dienstbehörden aneignen. Nachdem sie ab 2016 stellvertretende Leiterin der Abteilung „Personalangelegenheiten im Strafvollzug“ war, folgte im März 2021 schließlich die Betrauung mit der Leitung der Personalabteilung für den Strafvollzug.



Immobilienmanagement bekommt neuen Leiter

Auch die Magistratsabteilung 69, zuständig für Angelegenheiten des städtischen Immobilienwesens, hat eine neue Führungsspitze. **David Vladar** übernahm die Leitung der Abteilung Immobilienmanagement. Nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften im Jahr 2007 trat er in den Dienst der Stadt Wien ein und sammelte bisher in diversen Abteilungen Erfahrungen in der Stadtverwaltung und dem Wohnraummanagement. Zuletzt befasste er sich mit Projekt- und Krisenmanagement sowie Organisationsentwicklung.



Neue Generalinspektorin im BMEIA

Isabel Rauscher übernahm am 1. September 2021 die Leitung des Generalinspektorats/Innere Revision im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Die bisherige Botschafterin in Bukarest trat 1989 in den diplomatischen Dienst ein. Ihre Auslandsposten führten sie nach New York, Warschau, Prag, London sowie als Missionschefin nach Damaskus während des bewaffneten Konfliktes. Im Außenministerium war Rauscher unter anderem als Leiterin des Referates für Zentraleuropa sowie der Amerika-Abteilung tätig.



Arbeitsministerium: Neuer Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Die Abteilung I/5 (Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll und Bürgerservice) des Bundesministeriums für Arbeit ist nicht nur online wie offline mit den Angelegenheiten der internen und externen Ressortkommunikation sowie der Öffentlichkeitsarbeit betraut, sondern auch mit der Planung und Umsetzung der Ressortstrategie.

Eberhard Blumenthal war in der niederösterreichischen Landesregierung, dem Innenministerium und dem Bundeskanzleramt als Pressesprecher tätig, bevor er ins Arbeitsministerium wechselte. Anfang August 2021 übernahm er dort die Leitung der Abteilung I/5.



DIE ÖSTERREICHISCHE JUSTIZ
justizonline.gv.at

JustizOnline gewinnt eAward

Mit dem eAward des Report Verlags, einem der größten IT-Wirtschaftspreise in Österreich, werden jährlich besonders wirtschaftliche, kundenfreundliche und innovative IT-Projekte der Republik ausgezeichnet. Siegerin in der Kategorie „Services und Prozesse (Public Sector)“ ist die Plattform **JustizOnline**, die rechtliche Themen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich macht. So können etwa seit dem Launch der Plattform im November 2020 ausgewählte Wege zu Gericht über justizonline.gv.at via Internet erledigt werden. Technisch umgesetzt wird das Service-Angebot vom Bundesrechenzentrum (BRZ).



Hinweis:

Wir freuen uns über Neuigkeiten aus Ihren Netzwerken sowie über Karrieretipps unter: cp@wienerzeitung.at

Für unsere
Republik





www.goed.at

**Umfassender
Rechtsschutz
für GÖD-
Mitglieder.**



GÖD

GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST

Gemeinsam jeden Tag
FÜR FAIRNESS

Kulturgut in Gelb

Von der Postkutsche über die Rohrpost bis zum E-Brief:

Die **Österreichische Post AG** hat mit dem Wandel der Zeit Schritt gehalten und steht heute auf soliden Beinen. Ein Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einer Institution.



Briefkasten um die Jahrhundertwende. Die ersten Briefkästen wurden schon 1817 eingeführt. Um 1900 standen Briefkästen wie dieser vor den Geschäften privater Händler, die auch Briefmarken verkauften.

20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 2,2 Milliarden Euro jährlicher Konzernumsatz und bis zu eine Million transportierte Pakete täglich: Die Österreichische Post AG ist die älteste und zugleich die führende Logistik- und Postdienstleisterin Österreichs. Das einstige Kerngeschäft Brief ist nur mehr ein kleiner Teil ihres breiten Tätigkeitsfelds. Heute liefert die Post Flugblätter, Pakete und Express-Sendungen, bietet umfassende Logistiklösungen, Geld- und Werttransporte, Webshop-Logistik und -Infrastruktur, Finanzdienstleistungen und mehr – nicht nur in Österreich, sondern in neun weiteren Ländern.

Ein Stück Geschichte

Die Post hat über Jahrhunderte hinweg österreichische Kommunikationsgeschichte geschrieben: Ihre Geburtsstunde wird meist auf das Jahr 1490 datiert, als der spätere Kaiser Maximilian I. einen Postkurs von der Residenz in Innsbruck nach Mechelen in den habsburgischen Niederlanden einrichtete. Unter Maria Theresia und Joseph II. verkehrten die Postkutschen schließlich regelmäßig, um Sendungen und Personen zu befördern. Ein Meilenstein für den grenzüberschreitenden Postverkehr war die Postkonferenz 1863 in Paris, die vor allem Richtlinien für den Abschluss internationaler Postverträge festlegte. 1875 wurde in

Wien das Rohrpostsystem in Betrieb genommen, das bis zu seiner Auflassung im Jahr 1956 insgesamt 53 Stationen auf einer Gesamtlänge von 82,5 Kilometern verband. Der Post haben wir es auch zu verdanken, dass wir seit 1881 via Telefon kommunizieren können. Und auch der Postbus war bis zur Abspaltung im Jahr 2001 Teil des Unternehmens.

Dem Strukturwandel Rechnung tragen

Nicht nur die Kommunikationsmedien haben sich über die Jahrhunderte verändert, sondern auch die Unternehmensstrukturen: Ein elementarer Schritt zur späteren rechtlichen Verselbständi-

1490



Erste standardisierte Postverbindung Europas zwischen Innsbruck und Mechelen (Belgien) als Reiterpost

1817



Neuordnung des Portoentrichtungssystems (Bezahlung der Beförderungsgebühr für Inlandsbriefe durch den Empfänger): Einführung der Briefkästen

1914



Momentaufnahme im k. u. k. Postamt am Fleischmarkt in 1010 Wien

1750



Regelmäßiger Postkutschenverkehr, auch zur Personenbeförderung

1869



Die Postkarte, eine Erfindung aus Österreich, gelangt erstmals in Umlauf, damals noch unter dem Namen „Correspondenz-Karte“

1916



Erste Hausbriefkästen als spezieller Kundenservice

1787



Postmeister Johann Georg Khumer aus Friesach (Kärnten) verwendet erstmals einen Orts- und Tagesstempel („OT-Stempel“) und geht damit in die europäische Postgeschichte ein. Erst ab 1867 werden Stempel mit exakter Datums- und Ortsangabe verpflichtend

1885



Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird die erste Ansichtskarte verschickt

1950



Die Post transportiert mittlerweile rund 278 Millionen Briefe und 76 Millionen Postkarten

1966



Ein bundesweit einheitliches Postleitzahlensystem wird eingeführt. Der „Postfuchs“ entstammt der Feder des Wiener Grafikers Otto Stefferl

1980



Die Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt nun über 54.400 Personen, mehr als die Hälfte ist im Postdienst tätig. 1,3 Milliarden Briefe und 38 Millionen Pakete werden transportiert

1996



Gründung der Post und Telekom Austria (PTA) als Rechtsnachfolgerin der Post- und Telegraphenverwaltung

1998



Telekom wird von Post und Postbus getrennt, ein gemeinsames Dach bleibt erhalten

2001



Start der Expansion in die Nachbarstaaten mit dem Einstieg in den slowenischen Markt

2006



Bis zu 49 Prozent der Österreichischen Post AG gehen an die Wiener Börse. „Die Post ist jedenfalls börsereif, und das Marktumfeld ist perfekt“, sagt Stefan Zapotocky, Mitglied des Vorstandes der Börse AG

2010



Start der Initiative „CO₂-neutral zugestellt“, seit 2011 erfolgt die Zustellung aller Briefe, Pakete, Werbesendungen und Zeitschriften CO₂-neutral

2014



Sendungsverfolgung, Paketumleitung und Standortsuche auch über die Post-App möglich

2017



Start des E-Briefes

2019



Die erste „Crypto Stamp“ wird vorgestellt, die weltweit erste Blockchain-Briefmarke, die seither in mehreren Auflagen erschienen ist

2039



Ab diesem Jahr soll die Zustellung gänzlich CO₂-frei sein

gung des österreichischen Postwesens war 1996 die Gründung der Post und Telekom Austria (PTA) aus der ehemaligen Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, der zwei Jahre später die Abspaltung der Telekom Austria folgte. 1999 wurde die Österreichische Post AG gegründet, der Börsengang folgte im Jahr 2006 und gab den Startschuss für umfassende Restrukturierungen. Es kam zu Filialschließungen, Mitarbeiterabbau und einer Straffung des Zustellnetzes. Heute bieten 1.300 Postpartner – eingerichtet etwa in Trafiken, Tankstellen oder Supermärkten – Postservices an. Das Unternehmen trägt dem Strukturwandel in der Branche Rechnung: Lag der Anteil der Brief- und Werbepost am Gesamtumsatz im ersten Halbjahr 2010 noch bei 77 Prozent, sank er im ersten Halbjahr 2021 auf rund 48 Prozent zugunsten des Geschäftsbereichs Paket und Logistik.

Viele Standbeine bringen Stabilität

Den strukturellen Straffungen im Filialnetz stehen Übernahmen und Zukäufe im Lo-

gistikbereich gegenüber: „Wir freuen uns, den Brief als unser ‚Sunset-Business‘ zu haben, hier sind wir konkurrenzlos. Parallel dazu haben wir uns breit aufgestellt und in vielfältige Services investiert“, erklärt Pressesprecherin Kathrin Schrammel. Außerhalb Österreichs ist die Post in weiteren neun europäischen Ländern tätig, vorrangig in der Logistikbranche und als Zustellerin unadressierter Sendungen. So ist beispielsweise der Direktwerbungsanbieter feibra GmbH ein Tochterunternehmen der Post. In Österreich ist die Post Zustellpartnerin der Paketdienste Hermes und DHL. Auf Expansionskurs ist das Unternehmen insbesondere in den zentral- und osteuropäischen Ländern, wo der dynamische Paketmarkt noch großes Potenzial eröffnet. Seit dem Vorjahr ist die Post zu 80 Prozent am türkischen Paketzusteller Aras Kargo beteiligt. Dazu kommen Initiativen wie die Gründung des Online-Marktplatzes shöpping und des deutschen Pharmagroßhändlers AEP. Außerdem ist die Post seit 2020 mit der bank99 auch als Finanzdienstleisterin wieder präsent.

Ein Plus an Convenience

Neben Diversität geben Kundenorientierung und Nachhaltigkeit die Richtung für die weitere Unternehmensentwicklung vor. „Convenience ist ein Megatrend: Wir müssen es den Menschen so einfach wie möglich machen, Sendungen zu verschicken und zu empfangen. Je positiver die Konsumentinnen und Konsumenten unsere Services wahrnehmen, desto höher ist die Wiederbestellrate – das spüren dann auch unsere Auftraggeberinnen und Auftraggeber“, erklärt Kathrin Schrammel. Denn auch wenn der Preis ein wichtiges Kriterium sei: Langfristig müsse man sich über die Qualität der Serviceleistungen von anderen Versanddienstleistern abheben. Die Kunden können ihre Pakete heute an einen Ort ihrer Wahl umlenken oder sie an Abholstationen liefern lassen, um sie dort rund um die Uhr in Empfang zu nehmen. An den Selbstbedienungsgeräten in den Postfilialen können sie den Versand von Briefen und Paketen rund um die Uhr selbstständig abwickeln. Außerdem verfügt die Post bereits über mehr als 800.000 Abstellgenehmigungen



E-Mobil. Rund ein Viertel der Post-Flotte sind E-Mobile – den Strom dafür produziert die Post selbst. Bis 2039 soll die Zustellung in Österreich gänzlich CO₂-frei werden.

und darf Pakete direkt in Vorgärten oder Garagen deponieren – ein großer Vertrauensbeweis seitens der Kunden, und ein wichtiger Faktor für die Effizienz der Zustellung: Die Erstzustellquote konnte mit diesen Maßnahmen auf 94 Prozent gesteigert werden. Derzeit wird die Vorzimmerzustellung getestet, bei der die Briefträgerin beziehungsweise der Briefträger direkt in die Wohnung liefert.

In der digitalen Welt angekommen

Basis für die innovativen Services ist die Digitalisierung der Postdienstleistungen, die seit 2009 intensiv vorangetrieben wird. Im Frühjahr 2017 startete die Post den E-Brief. „Dass wir durch den E-Brief mit uns selbst konkurrieren, ist auch intern auf Unverständnis gestoßen. Aber besser, wir nehmen uns den Brief weg und verdienen mit dem digitalen Pendant ein wenig mit, als es macht jemand anderes“, sagt Schrammel. Auch Nachsendeaufträge, Urlaubsfächer oder Postvollmachten können heute via Internet beauftragt werden. Paketmarken werden einfach zu Hause ausgedruckt. Seit 2014 sind Sendungsverfolgung, Paketumleitung und Standort-

suche auch über die Post-App möglich. Und mit der Postkarten-App, die sich großer Beliebtheit erfreut, können Urlaubsfotos vom Handy direkt auf eine Postkarte gedruckt und verschickt werden. 2019 wurde auch die erste „Crypto Stamp“ vorgestellt, die weltweit erste Blockchain-Briefmarke, die seither in mehreren Auflagen erschienen ist.

Mit den Aufgaben wachsen

Die größte Herausforderung liegt derzeit in der Bewältigung des Paketbooms: Aufgrund des – auch pandemiebedingten – massiven Wachstums des E-Commerce stieg die Zahl der transportierten Pakete von 2019 bis 2020 um 30 Prozent auf 166 Millionen Stück. Das bringt Umsatz, aber auch Kapazitätsprobleme mit sich. Daher wird mit Nachdruck in die Logistikinfrastruktur investiert: In den nächsten Jahren werden mehrere neue Logistikzentren gebaut und eröffnet. Geeignete Standorte zu finden ist nicht einfach, wie Kathrin Schrammel erläutert: Gefragt sei eine gute Infrastruktur in einem möglichst dünn besiedelten Gebiet. Und auch die Mitbewerber – Amazon, FedEx,

GLS, UPS und weitere – sind auf Expansionskurs. Beim Personal stößt die Post ebenfalls an ihre Kapazitätsgrenzen: Besonders in Westösterreich ist es laut Schrammel schwierig, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden.

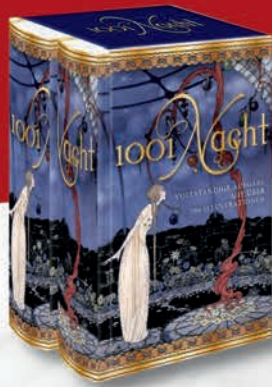
Gelb macht grün

Auch Nachhaltigkeit wird bei der Post großgeschrieben: Bereits seit 2011 werden alle Briefe, Pakete, Werbesendungen und Zeitschriften CO₂-neutral zugestellt.

2.500 Fahrzeuge, also ein Viertel der Flotte, sind mittlerweile E-Mobile – den Strom dafür produziert die Post selbst. Das Unternehmen arbeitet stetig daran, seine Emissionen zu reduzieren, und fördert außerdem nationale und internationale Klimaschutzprojekte. „Darauf sind wir sehr stolz, weil wir europaweit Vorreiterin sind und vielfach ausgezeichnet wurden“, freut sich Schrammel. Bis 2039 soll die Zustellung sogar gänzlich CO₂-frei werden, in Graz ist dieses Vorhaben bereits gelungen. Mit diesem klaren Bekenntnis zur Nachhaltigkeit bleibt das Traditionsunternehmen Post zukunftsfähig und sichert seinen langfristigen Erfolg.



Stefan Zweig hat ein facettenreiches Werk hinterlassen, das in dieser einmaligen Ausgabe im Schmuck-Schuber umfassend präsentiert wird.
29,95



Diese Ausgabe bringt neben über 700 Illustrationen die vollständige, werkgetreue und erste deutsche Übersetzung aus arabischen Originaltexten von dem Orientalisten Gustav Weil (1808-1889).
19,99



Sigmund Freuds wichtigste Werke in 3 Bänden im Schuber.
19,95



Diese hochwertige Schuberausgabe versammelt die bekanntesten Werke **großer Philosophen**, von der Antike bis ins 20. Jahrhundert.
19,95



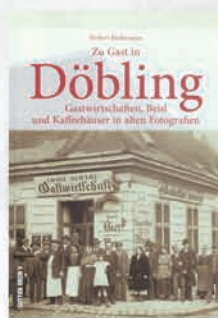
Friedrich Nietzsche 2 Bände im Schuber: Also sprach Zarathustra-Menschliches, Allzumenschliches - Der Antichrist - Jenseits von Gut und Böse und weitere.
14,95



Mit zahlreichen Fotos aus dem Privatbesitz und Auszügen aus den Gästebüchern der Familie Figl.
9,99 (Statt 24,95)



Diese umfassende Biografie beruht auf der jahrzehntelangen Beschäftigung des Autors mit dem Phänomen Kreisky.
7,99 (Statt 19,00)



Mit rund 150 bisher unveröffentlichten Fotografien führt der Autor durch die Geschichte der traditionsreichen Döblinger Gastronomie.
6,99 (Statt 20,00)



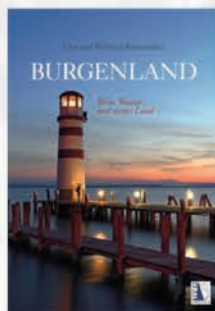
Anhand von 55 Bildpaaren wird dokumentiert, wie sich der Bezirk verändert hat. Ein Muss für alle Freunde Meidlings.
6,99 (Statt 19,99)



Von Amtsperson bis Würstlmann. Wien ist voller Rätsel. Hier werden alle gelöst!
9,99 (Statt 24,90)



Eine Enzyklopädie der gelernten „Wienerer“ von A bis Z.
7,99 (Statt 19,90)



100 Jahre Burgenland - eine herrliche Reise zu architektonischen Schmankerln, pannonischer Kreativität und verlockender Kulinarik.
14,90 (Statt 29,90)



Diese Publikation zeigt aus dem reichen Material von und über Slama mehr als 350 Abbildungen, viele davon bisher unveröffentlicht.
14,99 (Statt 35,00)



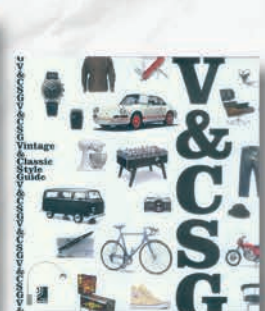
Alles Wissenswerte der Welt to go! 225 Ideen, Theorien und Konzepte in einer halben Minute einfach und kompakt erklärt.
19,95



Die Biografie einer Schauspieler, die sich selbst fast nie, den Beruf und das Publikum aber immer ernst genommen hat.
7,99 (Statt 24,95)



Eine Sammlung historischer Fakten, literarischer Beschreibungen und Bilder der großen Epidemien von der Antike bis heute.
19,95



Dieser Band präsentiert einzigartige Kultobjekte, die ihre Zeit überlebt und Geschichte geschrieben haben. Inkl. 10" Vinyl.
19,99 (Statt 49,95)

Frick am Graben
1., Graben 27

Frick Restseller
1., Schulerstr. 1-3

Frick Meidling
12., Schönbrunner Str. 261

RIVERSIDE Frick Liesing
Riverside
23., Breitenfurter Str. 372

SCN Frick Floridsdorf
Shopping Center Nord
21., Ignaz-Köck-Straße 1, OG, Top 44

www.buchhandlung-frick.at versand@buchhandlung-frick.at

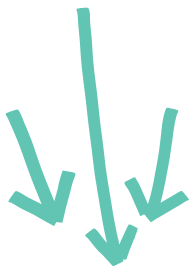
FRICK
IHRE BUCHHANDLUNG

Solange der Vorrat reicht. Druckfehler und Preisänderungen vorbehalten. Alle angegebenen Preise sind Euro-Preise. **Wichtiger Hinweis:** Statt-Preis=Früherer Verlagspreis (Preisbindung aufgehoben).

Die richtigen Immobilien in Österreich

100 % geprüfte Immobilien

Haus, Wohnung oder
WG-Zimmer – bei uns
kannst du sicher sein.



**Code scannen und
täglich neue
Angebote entdecken.**

Einfach finden. Einfach anbieten.



**Immo
Scout24**